

TRANSFORMATION DER



SOZIALEN ARBEIT

UNTER DRUCK

Mitarbeitende in der Sozialen Arbeit fordern ein Recht auf Zeugnisverweigerung. **Seite 24**

STRAMM NACH RECHTS

Wie verändert sich Bildungspolitik, wenn die AfD an einer Landesregierung beteiligt wäre? **Seite 28**

WANN IST FEIERABEND?

Die Erfassung der Arbeitszeit bringt im öffentlichen Dienst Entlastung für Beschäftigte. **Seite 42**

**DIESE APP
KANN LEBEN
RETTEN!**



Krisen  Kompass
DIE APP ZUR SUIZIDPRÄVENTION

Kostenloser Download unter
krisenkompass.app



Apple



Google

INHALT

Impressum	3
Auf einen Blick	4
Prämie des Monats	5

Schwerpunkt

Transformation der Sozialen Arbeit



Kita-Bündnis: Besser umeinander kümmern	6
Interview: „Kita-Sozialarbeit nützt allen“	10
Fachkräftebedarf: Ende einer Erfolgsgeschichte?	12
Stationäre Jugendhilfe: Arbeiten am Limit	16
Aufbau Ost: „Wir waren Macherinnen“	20
GEW-Kommentar: Prävention stärken	23

Hintergrund: Zeugnisverweigerungsrecht in der Sozialen Arbeit

Fan-Sozialarbeit: Vertrauen in Gefahr	24
Interview: „Die Solidarität tut gut“	26

Hintergrund: Die AfD und die Bildungspolitik

Extrem national – die Bildungspolitik der Rechten	28
Debatte in der KMK: Brandmauer gegen die AfD	31

Ergänzende Beiträge auf der GEW-Website unter gew.de/ew-6-24:



„Debatte um Neutralität – wie Schulen der AfD trotzen“
„Warum die AfD gewählt wird“

GEW-Intern

GEWolution: Kongress der Jungen GEW	32
-------------------------------------	----

Serie: Lehrkraft – Traumberuf!?

„Politik handelt verantwortungslos“	36
-------------------------------------	----

Schule

Digitalpakt 2.0: Ein Auslaufmodell?	38
-------------------------------------	----

fair childhood

Uganda: Ein Teufelskreis	40
--------------------------	----

Tarif- und Beamtenpolitik

Arbeitszeiterfassung im öffentlichen Dienst	42
---	----

Mitgliederforum

45

Diesmal

48

Impressum

Erziehung und Wissenschaft · 76. Jg.
ehemals: Allgemeine Deutsche Lehrerzeitung

Herausgeberin

Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft
Vorsitzende: Maike Finner

Redaktion

Ulf Rödde (Leitung), Jürgen Amendt, Katja Wenzel
Reifenberger Straße 21, 60489 Frankfurt am Main
Telefon 069 78973-0, Fax 069 78973-202

Gestaltung

Werbeagentur Zimmermann GmbH, Frankfurt am Main
www.zplusz.de

Verlag mit Anzeigenabteilung

Stamm Verlag GmbH, Essen
Verantwortlich für Anzeigen: Mathias Müller
Telefon 0201 84300-0, E-Mail: anzeigen@stamm.de
www.erziehungundwissenschaft.de

Anzeigenschluss: am 5. des Vormonats



ISSN 0342-0671

Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Rezensionsexemplare wird keine Verantwortung übernommen. Die mit dem Namen des Verfassers bzw. der Verfasserin gekennzeichneten Beiträge stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion oder der Herausgeberin dar.

Nutzungsrechte für digitale Pressespiegel erhalten Sie über die PMG Presse-Monitor GmbH & Co. KG unter www.presse-monitor.de.

Für Mitglieder ist der Bezugspreis im Mitgliedsbeitrag enthalten. Für Nichtmitglieder beträgt der Brutto-Bezugspreis p.a. 7,20 € zzgl. 11,30 € Zustellgebühr.

Erfüllungsort und Gerichtsstand: Frankfurt am Main

E&W im Web: www.gew.de/ew

NEUER GEW-LANDESVORSTAND

Die GEW in Rheinland-Pfalz wird künftig von einem Trio geführt. Die Delegierten wählten Anfang Mai auf dem Gewerkschaftstag in Ingelheim Kathrin Gröning, Christiane Herz und Stefan Jakobs als gleichberechtigte Teammitglieder in den Landesvorstand. Der langjährige Landesvorsitzende Klaus-Peter Hammer war nach 16 Jahren an der Spitze der GEW im Land nicht mehr zur Wiederwahl angetreten. Gröning (36 Jahre) ist ausgebildete Erzieherin, die 55 Jahre alte Herz Gymnasiallehrerin und der 50-jährige Jakobs Förderschullehrer.



Foto: Dennis Weißmantel

DAS NEUGEWÄHLTE VORSITZENDENTEAM DER GEW RHEINLAND-PFALZ (V.L.N.R.): STEFAN JAKOBS, KATHRIN GRÖNING, CHRISTIANE HERZ

BETREUUNGSQUOTE GESTIEGEN

Die *Betreuungsquote der Kinder*, die jünger als drei Jahre sind, ist im vergangenen Jahr leicht gestiegen. Wie aus dem aktuellen Familienreport des Bundesfamilienministeriums hervorgeht, waren 2023 im Schnitt 36,4 Prozent der Kinder dieser Altersgruppe in Betreuung – und damit etwas mehr als 2022, als die Quote 35,5 Prozent betrug. Im Vergleich zum Basisjahr 2006 hat sich der Anteil der betreuten Kinder fast verdreifacht. Damals wurden deutschlandweit im Schnitt lediglich 13,6 Prozent der unter Dreijährigen betreut. Nach wie vor sind die Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland groß: Im Osten liegt die Betreuungsquote dieser Kinder bei 54,2 Prozent, im Westen sind es gerade einmal 32,7 Prozent. Insgesamt geht es mit dem Ausbau der Kinderbetreuung in den vergangenen Jahren nur langsam voran (s. auch Schwerpunkt in diesem Heft, Seite 6 ff.).

Beitragsanpassung für Rentnerinnen und Rentner im Juli 2024

Im Juli steigen die Renten um 4,57 Prozent. Entsprechend werden auch die GEW-Beiträge für Rentnerinnen und Rentner angepasst. Der Beitragssatz für Rentnerinnen und Rentner beträgt unverändert 0,66 Prozent der monatlichen Bezüge.

Eventuell notwendige Änderungen und Korrekturen des GEW-Beitrags nimmt der zuständige Landesverband vor. Dazu reicht wie bisher eine Meldung an die Mitgliederverwaltung im Landesverband.

Nick Strauss, Schatzmeister der GEW

Korrektur

In der Meldung „Deutlicher Rechtsruck“ (E&W 5/2024, Seite 4) wird mit Bezug auf eine Befragung von 14- bis 29-Jährigen in der Studie „Jugend in Deutschland 2024“ der Anteil der Studienteilnehmerinnen und -teilnehmer, die die AfD wählen würden, wenn jetzt Bundestagswahl wäre, mit 22 Prozent angegeben. Die Prozentzahl ist falsch, wie sich leider erst nach Drucklegung der Mai-Ausgabe der E&W herausstellte. Wir bitten, den Fehler zu entschuldigen. Wie aus der Studie hervorgeht, haben 25 Prozent der Befragten keine Parteienpräferenz genannt, weitere 10 Prozent gaben an, nicht wählen zu gehen. Die 22 Prozent für die AfD sowie die Angaben für alle anderen Parteien bezogen sich nur auf die übrigen 65 Prozent der Befragten. Mit Blick auf alle Teilnehmenden der Umfrage liegt der AfD-Anteil bei 14,3 Prozent. Die AfD bleibt dennoch stärkste Partei bei den Befragten.

Kritik gibt es allerdings an der Methodik der Umfrage. Die Studie basiert auf einem sogenannten Online-Access-Panel, bei dem man sich selbst anmelden kann. In solchen Panels sind mitteilungsfreudige und politisch engagierte Menschen überrepräsentiert.

PRÄMIE DES MONATS



Juni: KUBB

Wer schon immer mal einen König stürzen wollte und Teamspiele im Freien liebt, braucht Kubb. Beim sogenannten Wikingerschach geht es um Treffsicherheit und gute Nerven.

Mitmachen lohnt sich!
Ein neues GEW-Mitglied werben und
Deine tolle Prämie gleich online anfordern:
www.gew.de/praemie



Keine Lust auf unser Online-Formular? Fordere den Prämienkatalog an!

Per E-Mail: mitglied-werden@gew.de | Per Telefon: 0 69 / 7 89 73-211 oder per Coupon:

Vorname/Name

GEW-Landesverband

Straße/Nr.

Telefon

PLZ/Ort

E-Mail

Bitte den Coupon in Druckschrift vollständig ausfüllen und an folgende Adresse senden:

Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, Reifenberger Straße 21, 60489 Frankfurt a. M., Fax: 0 69 / 7 89 73-102



BESSER UMEINANDER KÜMMERN

SVEN HEITKAMP
freier Journalist

Die Kleinstadt Sangerhausen in Sachsen-Anhalt hat sich mit einem preisgekrönten Bündnis zu einem Vorbild für Sozialarbeit in Kitas entwickelt. Ein Besuch in der Kita „Friedrich Fröbel“.

Eigentlich gilt Sangerhausen nicht unbedingt als Hotspot moderner Bildungsreformen: eine kleine Bergstadt am südöstlichen Rande des Harzes, rund 25.000 Einwohnerinnen und Einwohner, romantische Gassen und eine jahrhundertealte Kupfer-Zeche vor den Toren. 2022 aber wird das regionale Bündnis „Frühe



JEDES DRITTE KIND IN DER KITA „FRIEDRICH FRÖBEL“ IM SACHSEN-ANHALTINISCHEN SANGERHAUSEN HAT EINEN MIGRATIONSINTERGRUND. DIE EINRICHTUNG BIETET DAHER BESONDERE SPRACHLICHE FÖRDERUNG AN – UNTERSTÜTZT DURCH DAS BUNDESPROGRAMM SPRACH-KITAS.

Foto: Sebastian Willnow

Hilfen und Kita-Sozialarbeit“ mit einem zweiten Platz beim Deutschen Kita-Preis geehrt. Die Kita-Fachkräfte arbeiten hier Hand in Hand mit Sozialarbeiterinnen und Beratungsstellen. „Gemeinsam bauen sie Brücken zwischen der Kita und den Familien, erkennen frühzeitig, was die Kinder brauchen, und entwickeln passende Lern- und Freizeitangebote“, heißt es in der Laudatio. Mit dem Konzept ist Sangerhausen bundesweit ein Vorreiter: Das Bündnis wird unter 1.200 Einsendungen als beispielhaft herausgehoben.

Die Kita „Friedrich Fröbel“ am Gonna-Ufer ist einer der Orte des prämierten Netzwerks, sie wirkt äußerlich eher unscheinbar: ein zweigeschossiger DDR-Plattenbau von 1981, der zuletzt vor 25 Jahren saniert wurde. Seit Som-

mer 2019 betreut Sozialarbeiterin Kathrin Hellmuth hier die 130 Kita-Kinder und deren Familien – und unterstützt damit zugleich die 19 Erzieherinnen des Hauses. Jedes dritte Kind in der Kita hat einen Migrationshintergrund, elf Nationalitäten sind dabei. Die Einrichtung bietet daher besondere sprachliche Förderung an, die durch das Bundesprogramm Sprach-Kitas unterstützt wird.

Viele Familien benötigen Unterstützung, der Frühförderbedarf der Kinder ist groß.

In einigen Familien in ihrem Einzugsgebiet gibt es überdies Schwierigkeiten etwa wegen Suchtproblemen, schwerer Erkrankungen, Trennungen, Inobhutnahmen oder wegen des schwachen Bildungsniveaus der Eltern – ein großes Aufgabenfeld für Soziale Arbeit. „Ich bin gut ausgebucht“, sagt Hellmuth. Sie ist täglich ab 7.15 Uhr in der Kita und hat ihre Handynummer in der selbst gestalteten „Friedrich-Fröbel-Post“ veröffentlicht, einer kleinen Zeitschrift, die sie alle drei Monate erstellt. Hellmuth kennt das Metier aus dem Effeff. Die 53-Jährige hat einst eine Ausbildung zur Kinderdiakonin absolviert und später Soziale Arbeit studiert. Danach war sie in der sozialpädagogischen Familienhilfe und in einer Beratungsstelle des Kinder- und Jugendschutzes eingesetzt, ehe sie im Sommer 2019 in die Kita kam.

Auf ihrem wöchentlichen Stundenplan stehen unter anderem ein Sprachcafé für Eltern, dazu soziale Kompetenztrainings für die Kinder sowie Entspannungs- und Konzentrationsangebote besonders für die Kinder, die kurz vor der Einschulung stehen. Dazwischen geht die Sozialarbeiterin regelmäßig mit einigen Kindern zum Kletterfelsen des Deutschen Alpenvereins, zu Angeboten des benachbarten Sportvereins, in die Stadtbibliothek oder zur Ökologiestation. Mit den Ausflügen erfüllt sie viele Kinderwünsche und entlastet zugleich die Erzieherinnen in den festen Gruppen.

Während der Angebote entdeckt Hellmuth so manchen Frühförderbedarf bei Kindern und bietet den Familien Lösungswege an. Und sie führt viele Gespräche, denn sowohl Eltern als auch Kinder und pädagogische Fachkräfte kommen mit vielen Fragen zu ihr. Bei Bedarf vermittelt sie Dolmetscherinnen oder Dolmetscher sowie Kontakte aus ihrem großen Netzwerk, sie unterstützt Familien bei Behördengängen und Arztterminen und hilft beim Ausfüllen der Anträge etwa für Wohngeld, das Sozialpädiatrische Zentrum oder einen Zuschuss fürs Mittagessen. Seit Hellmuth in der Kita arbeitet, kommen >>>



Fotos: Sebastian Willnow

>>> deutlich mehr Kinder zum Mittagessen – vorher waren deren Eltern mit den Anträgen überfordert. „Viele dieser Schwierigkeiten sehen wir natürlich auch“, sagt Kita-Leiterin Ines Scheideck. „Aber unser Team kann sie neben den täglichen Aufgaben allein nicht mehr lösen.“ Die sozialen und gesellschaftlichen Anforderungen an Kindertagesstätten seien heute viel größer als vor 20 oder 30 Jahren. Und der Personalschlüssel für die Kinder, die sich eine pädagogische Fachkraft in Sachsen-Anhalt teilen müssen, sei bundesweit einer der schlechtesten. „Wir sind froh, dass wir nicht mehr allein mit den Problemen sind und sich alle besser umeinander kümmern können“, erzählt Scheideck, die das Haus seit



*Jedes Kind sollte alle Entwicklungs-
möglichkeiten bekommen.
Kein Kind kommt mit einem vorgefertigten
Lebensweg auf die Welt.*



SABINE SCHNEIDER,
LEITERIN DES JUGENDAMTES
IM LANDKREIS MANNFELD-SÜDHARZ

2010 leitet. „Die Familien schätzen es sehr, dass ihre Kinder in der Kita gut behütet sind.“

Das Angebot der frühen Hilfen und Kita-Sozialarbeit sei allerdings nicht für alle 118 Kitas im Landkreis Mansfeld-Südharz gedacht und umsetzbar, betont Jugendamtsleiterin Sabine Schneider. Es gehe vor allem um Kitas, die vor besonderen Aufgaben stehen und einen besonderen Unterstützungsbedarf haben. „Wir müssen schauen: Was brauchen die Kinder? Was brauchen die Eltern? Und was brauchen die Einrichtungen?“

Die Kita-Sozialarbeit ist für Schneider ein emotionales Herzthema, die 52-Jährige kennt schwierige Lebenswege junger Leute. Sie hat viele Jahre im Jobcenter gearbeitet und sich unter anderem um arbeitslose Jugendliche gekümmert. Seit 2018 ist sie im Jugendamt. Wenn man mit ihr über die Erfahrungen und Erfolge der Kita-Sozialarbeit spricht, steigen ihr manchmal Tränen in die Augen. „Jedes Kind sollte alle Entwicklungsmöglichkeiten bekommen. Kein Kind kommt mit einem vorgefertigten Lebensweg auf die Welt“, sagt Schneider. „Wir wollen ihnen mit den frühzeitigen Hilfen und Unterstützungen neue Türen öffnen.“ Es gehe darum, die Kinder dort abzuholen, wo sie stehen, und ihnen Chancen und Bildungsmöglichkeiten anzubieten, die sie sonst vielleicht nicht hätten oder nutzen würden. „Das Kollegium der ‚Friedrich-Fröbel-Kita‘“, sagt die erfahrene Verwaltungsfachwirtin, „steht voll

hinter diesem Projekt und versprüht einen tollen Teamgeist.“ Es brauche viele Unterstützerinnen und Unterstützer, damit so ein Projekt gelingen könne, darunter auch die Stadt Sangerhausen als Kita-Träger.

Begonnen hat die Initiative vor gut sechs Jahren: Damals erfahren Schneider und ihre Jugendamtskollegin Sandra Gängel, die als Motor des Projekts gilt, von einem ähnlichen Kita-Vorhaben in einem anderen Bundesland. Daraufhin loben sie in Kooperation mit Netzwerkpartnern und durch Beschluss des Jugendhilfeausschusses einen Ideenwettbewerb aus, den das Christliche Jugenddorfwerk (CJD) gewinnt. Mit dessen Konzept geht der Landkreis 2019 an den Start, das CJD stellt jeweils eine Sozialarbeiterin in Sangerhausen und in Eisleben ein. Diese betreuen zunächst jeweils zwei Kitas und entwickeln das Konzept mit den Praxiserfahrungen weiter. Ende 2023 stellen sie das Angebot gemeinsam um. Seither betreut jede Sozialarbeiterin eine Kita mit einer 35-Wochenstunden-Stelle. „Man braucht eine volle Fachkraft für jede Einrichtung“, sagt Schneider. Arbeit gibt es mehr als genug. „Wenn man nur in einer Einrichtung tätig ist, sind mehr Verlässlichkeit, Präsenz und Ruhe bei der Betreuung möglich“, erzählt Hellmuth. Auch der Übergang zur Grundschule gelinge so besser. Vom Schulamts bekomme sie inzwischen sehr gute

Rückmeldungen aus den Einschulungsuntersuchungen. „Die Schulärztinnen und -ärzte merken, wenn Kinder zum Beispiel durch Ergo- oder Logopädie besser auf die Schule vorbereitet sind.“

Durch das Hilfesystem können größere Schwierigkeiten in späteren Lebensjahren vermieden werden.

Der Landkreis lässt sich den Einsatz der Kita-Sozialarbeiterinnen bis zu 197.000 Euro im Jahr kosten. Ein Posten im knappen Haushalt, den Schneider verteidigen muss und will: „Wir brauchen präventive Leistungen und müssen dafür sorgen, dass die Zahnräder des Hilfesystems ineinandergreifen, um größere Schwierigkeiten in späteren Jahren zu vermeiden“, betont sie. „Je früher eine Unterstützung beginnt, umso größer ist die Chance, dass ein Kind nicht in den Brunnen fällt.“

Das Modell macht inzwischen im ganzen Landkreis Schule. Mittlerweile werden zehn weitere Kitas von Fachkräften für Soziale Arbeit unterstützt, finanziert vom Land Sachsen-Anhalt. „Wir sind auch landesweit ein Vorreiter“, so Schneider. „Ich frage mich, was die Kinder in ihrem Leben erwarten würde, wenn wir diese Angebote für die Familien nicht hätten.“ ■



DIE SOZIALEN UND GESELLSCHAFTLICHEN ANFORDERUNGEN AN KINDERTAGESSTÄTTEN SEIEN HEUTE VIEL GRÖßER ALS VOR 20 ODER 30 JAHREN, SAGT INES SCHEIDECK, LEITERIN DER KITA „FRIEDRICH FRÖBEL“.

„KITA-SOZIALARBEIT NÜTZT ALLEN“

INTERVIEW: SVEN HEITKAMP
freier Journalist

Barbara Lochner, Professorin für Pädagogik der Kindheit an der Fachhochschule Erfurt, leitet die wissenschaftliche Begleitung des Modellprojekts „Vielfalt vor Ort begegnen“ mit 80 Thüringer Kitas. Sie hat eine Arbeitsgruppe zum Thema Kita-Sozialarbeit gegründet. Warum diese wichtig ist, erklärt sie im E&W-Interview.

E&W: Kita-Sozialarbeit ist eine relativ junge Disziplin im pädagogischen Feld. Wo ist sie überhaupt schon anzutreffen?

Prof. Barbara Lochner: Das ist je nach Bundesland sehr unterschiedlich: Berlin, Sachsen-Anhalt und Rheinland-Pfalz sind schon relativ weit, Thüringen und Sachsen verfolgen erste Ansätze. In Bayern und Hessen kenne ich dagegen noch gar keine Beispiele. Bundesweit ist der wissenschaftliche Diskurs um Kita-Sozialarbeit sehr neu und nimmt erst seit einem Jahr Fahrt auf.

E&W: Was kann Aufgabe von Kita-Sozialarbeit sein – und für wen ist sie gedacht?

Lochner: Die Bedarfe sind regional sehr unterschiedlich. Wir unterscheiden mehrere Pfeiler: In Rheinland-Pfalz zum Beispiel ist die sozialraumorientierte Netzwerkarbeit sehr stark. Bei uns in Thüringen indessen geht es primär um die Zusammenarbeit mit Familien. Der

dritte Pfeiler ist die Arbeit mit Kindern, etwa die Unterstützung von sozialen und sozial-emotionalen Kompetenzen, aber auch die Demokratiebildung und das Ermöglichen von Partizipation. Dieser Bereich steht aber weniger im Fokus, weil er ja Teil der originären Bildungsarbeit der Pädagoginnen und Pädagogen ist.

E&W: Welche Rolle kann Kita-Sozialarbeit in der Familienbildung spielen?

Lochner: Hier geht es um klassische Formen der sozialpädagogischen Unterstützung wie Hilfe bei Anträgen, Vermittlung zu anderen sozialen Dienstleistungen, Stärkung der Erziehungskompetenzen und Teilhabe oder die Begleitung von Elterngesprächen – Bedarfe, die mehr Zeit brauchen, als der reguläre pädagogische Alltag hergibt. Die Zielgruppen sind vor allem Familien, die einen erhöhten Unterstützungsbedarf haben, zum Beispiel Familien in prekären Lebenslagen, Familien mit Migrationshintergrund und Familien, in denen es schwere Erkrankungen oder kognitive Einschränkungen gibt. Kita-Sozialarbeit kann aber auch Angebote für alle Familien schaffen, beispielsweise Spielenachmittage, Bildungsangebote, Workshops und Elterncafés. Ihre Rolle hängt stark von den Konzepten und Bedürfnissen der jeweiligen Einrichtung ab.

E&W: Warum müssen sich Kitas überhaupt um diese Angelegenheiten kümmern – gibt es nicht schon genügend Angebote im Umfeld?

Lochner: Sozialarbeit kann zum systemischen Anspruch einer Kita gehören. Denn um Kinder adäquat zu unterstützen, zu bilden, zu fördern und zu begleiten, muss das gesamte System des Kindes einbezogen werden.



*Dort, wo Kita-Sozialarbeit stattfindet,
stößt sie auf hohe Akzeptanz.*



BARBARA LOCHNER,
PROFESSORIN FÜR PÄDAGOGIK DER KINDHEIT



Foto: Fotoloft

Dazu gehören auch Unterstützungsleistungen, die mit der Teilhabe und der Entwicklung des Kindes zu tun haben, wie eine Frühförderung, das Essensgeld oder die Gebührenbefreiung zu beantragen. Wir müssen fragen: Was braucht dieses Kind? Und zwar je früher desto besser.

E&W: Welche Rolle spielt Kita-Sozialarbeit für die Teams in den Einrichtungen?

Lochner: Wenn ein Kind in einer Kita nicht am gemeinsamen Mittagessen teilnehmen kann, weil sich die Eltern zum Beispiel den finanziellen Beitrag dafür nicht leisten können, entsteht für die Erzieherinnen und Erzieher ein massives pädagogisches Dilemma. Daher ist das Angebot auch im Interesse der Mitarbeitenden und des Trägers. Und die Einrichtungen, mit denen ich spreche, empfinden die Kita-Sozialarbeit als große Entlastung. Sie berichten durchgängig von sehr positiven Reaktionen der Familien, weil die Angebote niedrigschwellig zugänglich

und freiwillig sind. Dort, wo Kita-Sozialarbeit stattfindet, stößt sie auf hohe Akzeptanz, weil sie allen nützt.

E&W: Und werden die Teams auch direkt unterstützt?

Lochner: Das ist ein weiterer wichtiger Pfeiler. Es gibt Coaching-Funktionen und Weiterbildungen für eine gemeinsame Teamentwicklung, Angebote der Haltungsarbeit, Unterstützung bei der konzeptionellen Fortentwicklung, Vermittlung zwischen Beschäftigten und Eltern oder eine bessere Vernetzung mit dem Sozialraum. Wichtig dabei ist allerdings, dass sich die Kita-Leitung ihrer Steuerungsverantwortung bewusst ist und Sozialarbeit konzeptionell in die Gesamtvision integriert. Da gibt es durchaus noch Handlungsbedarf. Kita-Sozialarbeit kann nur erfolgreich sein, wenn klar ist, welche Funktion, welche Rolle und welche Aufgabe sie innerhalb des Gesamtkonstrukts der Einrichtung übernehmen soll. ■

DAS ENDE EINER ERFOLGSGESCHICHTE?

CHRISTIANE MEINER-TEUBNER
Erziehungswissenschaftlerin im
Forschungsverbund Deutsches Jugend-
institut/Technische Universität Dortmund

In den vergangenen Jahren ist das Personal in der Kindertagesbetreuung deutlich aufgestockt worden. Der Fachkräftebedarf ist aber nach wie vor bei weitem nicht gedeckt. Der Rechtsanspruch auf einen Ganztagsplatz für Grundschulkinder, der ab 2026 gilt, erfordert einen weiteren Ausbau. Doch woher sollen die Fachkräfte kommen?

Seit Jahren ist ein immenses Wachstum der Kindertagesbetreuung zu beobachten. Allein zwischen 2006 und 2023 hat in den Kitas ein Zuwachs von fast 400.000 Personen stattgefunden. Aktuell sind dort rund 745.000 Menschen pädagogisch tätig. Einen vergleichbaren



Bedeutungs- und Personalzuwachs hat es in nahezu keinem anderen Bereich gegeben.

Die Gründe für diesen Ausbau sind vielfältig: Die Einführung des Rechtsanspruchs auf einen Kita-Platz ab dem vollendeten ersten Lebensjahr, der zum 1. August 2013 in Kraft trat, und immer mehr Eltern, die sich einen Platz in der Kindertagesbetreuung für ihr Kind wünschen. Zudem ist

die Zahl der Kinder unerwartet stark gestiegen. Darüber hinaus haben die Debatten um die Bedeutung der Arbeit in den Kitas – beispielsweise, um die Ungleichheiten im Bildungssystem zu verringern – dazu beigetragen, dass es zu Qualitätsverbesserungen gekommen ist. So sind unter anderem die zeitlichen Ressourcen für Leitungstätigkeiten ausgeweitet oder die Personal-Kind-Schlüssel verbessert worden.

Angespannte Lage in den Kitas

Nach wie vor ist das System der Kindertagesbetreuung – insbesondere in Westdeutschland – jedoch noch nicht so ausgestattet, dass alle Familien, die dies wünschen, einen Kita-Platz erhalten. Ein zentraler Grund dafür sind die fehlenden Fachkräfte. Obwohl diese Situation schon seit Jahren andauert, sind die

Diskussionen um den Fachkräftemangel aktuell intensiver und die Rufe nach konstruktiven Lösungen für die Fachkräftekrise lauter denn je.

Verschiedene Entwicklungen haben die Situation noch einmal verschärft, und Analysen belegen, dass die Lage in den Kitas sehr angespannt ist. So zeigen Befragungen, dass der Anteil der Träger, die offene Stellen nicht innerhalb eines halben Jahres mit qualifiziertem Personal besetzen können, steigt. Die Arbeitslosenquote in den relevanten Berufsgruppen lag zuletzt unter 2 Prozent, gleichzeitig übersteigt die Zahl der offenen Stellen die Zahl der arbeitslos gemeldeten Menschen. Das bedeutet: Es gibt für das Arbeitsfeld mehr offene Stellen als qualifiziertes Personal.

Die wachsende Zahl der Krankmeldungen des Personals verschärft die Lage zusätzlich. So zeigen Daten der Krankenkassen, dass zwischen 2021 und 2022 in Nordrhein-Westfalen (NRW) die krankheitsbedingten Fehltag pro Fachkraft von 23 auf 30 gestiegen sind – und hierbei sind Kinderkrankentage und Ausfälle wegen

Schwangerschaft noch nicht einmal berücksichtigt. Folglich machen es nicht nur vakante Stellen, sondern auch die zunehmenden Ausfälle der Angestellten schwierig, ein hochwertiges Angebot in den Kitas aufrechtzuerhalten.

Neben dieser Situation in der Praxis beunruhigen zwei weitere Entwicklungen. Um dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken, wurden in den vergangenen beiden Jahrzehnten Strategien verfolgt, die zu hohen Erfolgen bei der Gewinnung zusätzlichen Personals geführt haben. So wurde beispielsweise das Ausbildungssystem unter anderem für Erzieherinnen und Erzieher sowie Sozialassistentinnen und -assistenten massiv ausgebaut, zudem sind früh- und kindheitspädagogische Studiengänge eingeführt worden. Gleichzeitig sind vielfach junge Frauen nach der Familienphase frühzeitig wieder für die Tätigkeit in den Kitas eingestiegen. Vergleichsweise lange Ausstiegszeiten wurden damit deutlich reduziert. Mittlerweile ist diese sogenannte stille Reserve aber ausgeschöpft, und auch das Ausbildungssystem scheint

>>>



Erschöpft und ausgebrannt?

Wir sind für Sie da!

Als Akutklinik für Psychosomatische Medizin bieten wir stationäre Behandlung bei Krankheitsbildern wie Burnout, Depressionen, Angsterkrankungen, psychischen und psychosomatischen Folgen der Pandemie und anderen Leiden aus dem psychosomatischen Fachgebiet an.

Wir bieten

- + verhaltenstherapeutische und tiefenpsychologische Ansätze
- + ein umfassendes spezialtherapeutisches Angebot mit Kunst-, Musik- und Bewegungstherapie
- + Klinik in einem ehemaligen Kloster in idyllischer und ruhiger Umgebung am Ammersee und in Alpennähe
- + hochwertige, hauseigene Küche
- + vorwiegend Einzelzimmer mit Hotelcharakter
- + Achtsamkeitsbasierte Verfahren u.a. im Rahmen von natur- und tiergestützter Therapie

Psychosomatische Privatklinik Kloster Dießen

Klosterhof 20 | 86911 Dießen

08807 2251 - 716

privatklinik-diessen@artemed.de

www.psychosomatik-diessen.de/privatklinik



PSYCHOSOMATISCHE PRIVATKLINIK
Kloster Dießen



IN DEN VERGANGENEN ZWEI JAHRZEHNEN IST DAS SYSTEM DER KINDERTAGESBETREUUNG IN DEUTSCHLAND STARK AUSGEBAUT WORDEN.

>>> an seine Grenzen zu kommen. Neue, vergleichbar erfolgreiche Strategien, die auf qualifiziertes Personal setzen, sind bislang nicht entwickelt worden.

In Westdeutschland wird der Personalbedarf weiter steigen, in Ostdeutschland sinken.

Schließlich ging man bis vor wenigen Jahren davon aus, dass die demografische Entwicklung – also die Veränderung der Zahl der Kinder in der Bevölkerung – dazu beitragen würde, dass ein Ende dieser schwierigen Situation in Sicht ist. Entsprechend jüngster Vorausberechnungen für die Kindertagesbetreuung ist dies nicht zu erwarten. Vielmehr steigt der Personalbedarf im kommenden Jahrzehnt in Westdeutschland voraussichtlich noch weiter – bis zum Jahr 2030 werden 51.000 bis 88.000 Fachkräfte fehlen, sofern keine erfolgreichen Maßnahmen eingeleitet werden. Darüber hinaus erzeugt der ab dem Schuljahr 2026/27 stufenweise in Kraft tretende Rechtsanspruch auf ganztägige Bildung, Betreuung und Förderung für Grundschulkinder weiteren Personalbedarf. Diese sind jedoch bei weitem nicht so hoch wie in der Kindertagesbetreuung. Zudem gibt es bislang noch

keine bundesweit geltenden Regelungen zu den Qualifikationsanforderungen. Allerdings dürften die Träger zunächst einmal versuchen, Fachkräfte wie ausgebildete Erzieherinnen und Erzieher, Sozialpädagoginnen und -pädagogen oder ähnliche Berufsgruppen zu gewinnen. Dieser extrem schwierigen Situation begegnen die Länder derzeit insbesondere mit zwei Strategien, die jeweils mit der Qualifikation des Personals in Verbindung stehen. Im Fokus der ersten steht das Ausbildungssystem, in dem Zugangsvoraussetzungen reduziert und die Ausbildungsdauer (beispielsweise durch Ausweitung der Anrechnungsmöglichkeiten) verkürzt werden. Die zweite Strategie richtet sich auf die Fachkräftekatologe, also auf die formalen Qualifizierungsabschlüsse der Beschäftigten, die für die Arbeit mit Kindern erforderlich sind. Diese sollen zunehmend geöffnet werden. Welchen Beitrag diese Maßnahmen künftig leisten, um den Personalbedarf zu verringern, und welche Veränderungen durch die sich anbahnende Reduzierung der Fachlichkeit entstehen, lässt sich aktuell schwer abschätzen. Hier wird es auch darauf ankommen, wie gut Parallelmaßnahmen zur Weiterqualifikation und Praxisanleitung implementiert, finanziert und vorangetrieben werden.



Enorm wichtig ist, dass sich diese Situation in den kommenden Jahren nicht auf die ostdeutschen Flächenländer ausweitet. Hier ist das Kita- und Ganztagsystem grundsätzlich bereits heute deutlich bedarfsgerechter ausgebaut, allerdings der Personal-Kind-Schlüssel viel schlechter als im Westen des Landes. Die seit ein paar Jahren sinkende Zahl der Kinder führt schon heute dazu, dass nicht mehr alle Kitas voll ausgelastet sind. Diese Entwicklung wird sich im kommenden Jahrzehnt weiter fortsetzen.

Sollten die ostdeutschen Flächenländer jetzt nicht – wie immer wieder zu Recht gefordert – die Gelegenheit nutzen und in die Verbesserung der Qualität investieren, indem sie beispielsweise den Personal-Kind-Schlüssel verbessern, sondern freiwerdende Stellen nicht mehr (in vollem Umfang) nachbesetzen, dann wird gut qualifiziertes Personal zunehmend häufiger arbeitslos. Damit deuten sich zwei völlig unterschiedliche Entwicklungen in Deutschland an, die zu noch größeren Unterschieden im Kita- (und Ganztags-)System zwischen den Ländern führen; das Ziel, gleichwertige Bildungs- und Betreuungschancen in ganz Deutschland anzubieten, dürfte dadurch in weite Ferne rücken. ■

www.schulorganisation.com

Fachverlag

LehrerInnenkalender

ErzieherInnenkalender

Beobachtungen und Dokumentationen

Elterngespräche

Förderpläne

Schülerverhalten

u. v. m.

Unentbehrliche Hilfen zur Eigenorganisation für Lehrerinnen und Lehrer und alle anderen pädagogischen Kräfte, also auch für Erzieherinnen und Erzieher, für die tägliche Arbeit im Unterricht und in der Gruppe.

Alle Schulformen



Dokumentation • Organisation • Rechtssicherheit

FL SCHULORGANISATION

Auf dem Weg in die ökologisch-soziale Marktwirtschaft



WIRTSCHAFTSATLAS
Daten und Fakten
zur Transformation

Herausgegeben von der
Heinrich-Böll-Stiftung,
April 2024, 52 Seiten,
40 Karten und
Infografiken

Von A wie Automobilindustrie über D wie Digitalisierung, F wie Finanzmarkt, G wie Gemeinwohl, K wie Kreislaufwirtschaft bis W wie Wertschöpfung, Welt-handel, Wirtschaftsgeschichte – 19 Doppelseiten mit frei nutzbaren Infografiken und Texten.

Zum Download: boell.de/wirtschaftsatlas

Bestellung im Klassensatz: buchversand@boell.de
(gegen Portokosten)

HEINRICH BÖLL STIFTUNG

Schumannstr. 8, 10117 Berlin boell.de



Foto: Babette Brandenburg

ERZIEHER FLORIAN NEUBAUER HAT DREI JAHRE LANG IN EINER WOHNGRUPPE FÜR KINDER, JUGENDLICHE UND JUNGE ERWACHSENE GEARBEITET. UNGEPLANTE ÜBERSTUNDEN WAREN DIE REGEL.

„ICH KONNTE DIE KIDS DOCH NICHT ALLEIN LASSEN“

MICHAELA LUDWIG
freie Journalistin

Großer Fachkräftemangel, ständige Erreichbarkeit, häufiger Personalwechsel und fehlende Wertschätzung kennzeichnen die Arbeitssituation vieler Beschäftigter in der stationären Kinder- und Jugendhilfe.

Vollbart, Undercut und kräftige Statur: Florian Neubauer ist Ersatzpapa, Role-Model oder auch Sparringspartner. Der 37-jährige Erzieher arbeitete drei Jahre bei einem privaten Träger in einer stationären Wohngruppe für Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene, die aus unterschiedlichsten Gründen nicht bei ihren Eltern leben konnten. Der ehemalige Maler und Lackierer hatte selbst mehrere Jahre in einer Jugendwohnung gelebt, die positiven

Erfahrungen wollte er nun an Jugendliche in ähnlicher Situation weitergeben. Deshalb machte er eine Umschulung zum Erzieher. „Die pädagogischen Fachkräfte waren für mich damals Vorbilder und Orientierungspunkte, die mir geholfen haben, meinen Weg zu gehen“, erzählt Neubauer rückblickend.

Doch die Beziehungsarbeit wurde überschattet von Arbeitsbedingungen, die ihn immer wieder an seine Grenzen brachten. Wie in dem Bereich üblich arbeitete Neubauer mit einer Vollzeitstelle zwei 25-Stunden-Schichten pro Woche, nur selten war ein Wochenende planbar frei. „Als getrennt lebender Vater konnte ich mein Kind nur unregelmäßig sehen“, sagt er. Dazu kam, dass ein Teil der Arbeitszeit nicht angemessen bezahlt wurde. Für sechs Stunden Nachtbereitschaft erhielt er lediglich eine Pauschale. Häufig standen die Jugendlichen nachts vor seiner Zimmertür und brauchten Hilfe. „Natürlich waren wir dann für sie da“, so der Erzieher. Sehr belastend waren ungeplante Überstunden und Bereitschaften. So war es keine Seltenheit, dass er in seinen Bereitschaftswochen arbeitsrechtlich nicht

gestattete 48 Stunden am Stück arbeitete. „Wenn sich am Wochenende die Ablösung krankmeldete, musste ich selbst herumtelefonieren und eine Vertretung finden“, so Neubauer. Wenn er niemanden erreichte, blieb er im Dienst. „Ich konnte die Kids doch nicht allein lassen.“ Von Vorgesetzten und dem Team fühlte er sich oft hängen gelassen.

Mit zunehmender Ökonomisierung verschärfen sich die Konflikte zwischen Einrichtungsleitungen und den Teams.

Der „hohe emotionale Druck auf die Beschäftigten“ ist laut Zoë Clark, Professorin für Erziehungswissenschaft mit dem Schwerpunkt Kinder- und Jugendhilfe an der Universität Siegen, charakteristisch für diesen Arbeitsbereich. Nicht selten werde zudem an das Verantwortungsgefühl appelliert, damit die Beschäftigten Vertretungen übernehmen. Der Druck verschärfe sich durch den gravierenden Personalmangel in dem Arbeitsbereich, in dem eine hohe Fluktuation herrscht. „Die Beschäftigten >>>

Sie geben alles.
Wir geben alles für Sie:
mit der DBV Kranken-
versicherung.

Spezialist für den Öffentlichen Dienst. **DBV**

Besonders als **Lehramtsanwärter:in** leisten Sie täglich viel im stressigen Schulalltag. Wir sichern Sie dabei von Anfang an ab mit den erstklassigen Leistungen der privaten **DBV Krankenversicherung** zur Beihilfe. Und das zu besonders günstigen Ausbildungskonditionen.

Lassen Sie sich von Ihrem/Ihrer persönlichen Betreuer:in in Ihrer Nähe beraten oder informieren Sie sich unter dbv.de/beihilfe.

**Sonderkonditionen
für Mitglieder der**

Gewerkschaft
Erziehung und Wissenschaft



Eine Marke der AXA Gruppe





DER BEREICH DER STATIONÄREN KINDER- UND JUGENDHILFE IST SEIT JAHREN UNTERFINANZIERT. WEGEN DES PERSONALMANGELS ARBEITEN VIELE TEAMS AM LIMIT.

>>> wehren sich nicht in angemessenem Maße gegen diese Arbeitsbedingungen, weil sie die Kinder und Jugendlichen nicht im Stich lassen wollen.“ Arbeitgebern, die dieses Dilemma ausnutzen, wirft Clark die „Ausbeutung von Emotionen“ vor.

Auch Jana Zillmer* hat dieses Dilemma erlebt. Bei ihrem Hamburger Arbeitgeber, einem großen freien Träger, „ging es nur ums Geld“. Die Menschen seien nicht gesehen worden, „weder wir Beschäftigten noch die Jugendlichen“, erzählt die Sozialarbeiterin. Das Team aus neun Mitarbeitenden leistete die Intensivbetreuung von neun Jugendlichen mit Gewalt-, Sucht- und Fluchterfahrungen. Die Dienstpläne wurden kurzfristig erstellt, Wünsche nur selten berücksichtigt. Da zudem durchgängig Personal-mangel herrschte, häuften sich die Anrufe der Kolleginnen und Kollegen in der Freizeit und am Wochenende mit der Bitte, Vertretungen zu übernehmen. Auch Vorgesetzte riefen an und „hinterfragten meine Haltung, wenn ich nicht einspringen konnte oder wollte“.

„Mit zunehmender Ökonomisierung verschärfen sich die Konflikte zwischen Einrichtungsleitungen und den Teams beziehungsweise Beschäftigten“, analysiert Lukas Underwood, Arbeitssoziologe am Soziologischen Forschungsinstitut Göttingen. Sie entzündeten sich da, „wo die ökonomische Logik der Einrichtungsleitung mit

der pädagogischen Logik der Beschäftigten kollidiert“. So hatte Zillmers Arbeitgeber trotz nicht besetzter Stellen im Team entschieden, weitere Jugendliche aufzunehmen und die verfügbaren Plätze voll zu belegen. „Wir haben die Leitung informiert, dass wir unsere Aufgaben, die Betreuung der Jugendlichen schon vorher nicht mehr angemessen schaffen konnten“, berichtet sie. Der Einrichtungsleiter setzte die Aufnahme jedoch durch und begründete dies mit dem hohen wirtschaftlichen Druck. „Wir schwammen, beschränkten uns auf Essen, Trinken, Schulbesuch. Trotz Überstunden konnten wir die Jugendlichen bei zusätzlichen Terminen wie Arztbesuchen nicht begleiten.“ Für das Team war diese Situation hochgradig belastend. „Wir mussten die Situation hinnehmen, sahen keine andere Möglichkeit“, sagt Zillmer. Eine Beschwerde beim Jugendamt kam nicht in Frage, um dem Träger nicht zu schaden. „Wir hatten die Jugendlichen im Blick. Eine Schließung der Gruppe hätte für sie den Umzug bedeutet.“ Das wollten sie ihnen „nicht antun“.

Viele wählen die Exit-Strategie.

Was Zillmer in dieser Zeit getragen hat, war der enge Zusammenhalt der Beschäftigten. „Ohne ein gutes



Foto: IMAGO/Steinach

Team hält man es nicht aus“, resümiert sie rückblickend. Arbeitssoziologe Underwood kommt in einer Studie über die Partizipationsmöglichkeiten in der stationären Kinder- und Jugendhilfe zu dem Ergebnis, dass ein funktionierendes Team, in dem Leitungsaufgaben wie die Erstellung des Dienstplans übernommen werden, den Beschäftigten zudem diverse Partizipationsmöglichkeiten einräumt. Folglich beschreibt er den Arbeitsbereich der stationären Kinder- und Jugendhilfe als einen Tätigkeitsbereich, „der den Beschäftigten vergleichsweise große individuelle Einflussmöglichkeiten auf die Gestaltung des Arbeitsalltags bietet, obwohl die Verankerungen von Betriebsräten und das gewerkschaftliche Engagement der Arbeitnehmerinnen und -nehmer gering ist“. Diese Partizipationsmöglichkeiten boten sich weder für Zillmer noch für Neubauer, beide haben ihre Beschäftigungsverhältnisse kürzlich gekündigt. Die Sozialarbeiterin hat der stationären Jugendhilfe den Rücken gekehrt, der Erzieher einen neuen Arbeitgeber gefunden. Dies ist laut Underwood eine typische Strategie. „Anstatt den Konflikt offen auszutragen, wird die Exit-Strategie gewählt.“ Der Personalmangel verschärft sich derweil weiter. ■

*Name von der Redaktion geändert

**IHR LETZTER WILLE
KANN EIN ANFANG SEIN –
FÜR KINDER WELTWEIT.**

Save the Children

Save the Children ist die größte unabhängige Kinderrechtsorganisation der Welt. Wir unterstützen Kinder in Not, so auch Josephine und Lucy – ohne Wenn und Aber. Schreiben Sie solche Geschichten mit uns fort und ermöglichen Sie Kindern weltweit eine bessere Zukunft.

Erfahren Sie mehr und bestellen Sie telefonisch oder online unseren Testaments-Ratgeber – kostenlos und unverbindlich.
www.savethechildren.de/testamente

Sprechen Sie mich an!

Bei individuellen Fragen unterstütze ich Sie gerne oder stelle Kontakt zu unserem juristischen Erbrechts-Netzwerk her.



Rania von der Ropp
030 27 59 59 79 - 820
rania.ropp@savethechildren.de



Save the Children ist die größte unabhängige Kinderrechtsorganisation der Welt.

WEISSER RING
Wir helfen Kindern zuhause.

**DEINE STÄRKE
WIRD GEBRAUCHT**

Werde Opferhelfer/in!

Mehr Informationen unter:
ehrenamt.weisser-ring.de

„WIR WAREN MACHERINNEN“



NADINE EMMERICH
freie Journalistin

Aufbau Ost in der Sozialen Arbeit: Nach dem Mauerfall entstand ein Berufsfeld, das es in der DDR so nicht gegeben hatte. Zwei GEW-Kolleginnen berichten.

Wenn Silke Gajek von den Entwicklungen der Sozialen Arbeit in Ostdeutschland nach der Wende spricht, klingt das zunächst sehr begeistert. Anfang der 1990er-Jahre seien sehr viele sogenannte Bottom-up-Projekte entstanden, erzählt die Referentin für Jugendhilfe, Sozialarbeit und Organisationspolitik bei der GEW Mecklenburg-Vorpommern. Sie selbst wirkte am Aufbau des Autonomen Frauenhauses Schwerin und an der Gründung des Vereins Alternative Fraueninitiative mit. Die damalige Zeit sei davon geprägt gewesen, Soziale Arbeit selbst mitzubestimmen und aufzubauen. „Das waren Aufbruchsjahre, und wir waren Macherinnen.“ Relativ schnell folgte indes die Ernüchterung, und die hat für die heute 62-Jährige viel mit den Begriffen Haushaltskonsolidierung und Ökonomisierung zu tun. Unter anderem die meist projektbezogene Finanzierung

durch die Landesregierung und demzufolge auch bei den Kommunen machte es kleinen Vereinen und Initiativen schwer, zu überleben. Auch das Autonome Frauenhaus Schwerin schaffte es nicht.

Gajeks persönliche Erfahrungen sind ein Puzzleteil in einem kaum zusammenfassbaren Kontext. Was sich seit der Wende unter dem Stichwort Soziale Arbeit abspielte, ist komplex. Bei einer Tagung des TRAWOS Instituts der Hochschule Zittau/Görlitz im November 2023 diskutierten Fachleute zwei Tage lang über die „Genese Ost: Transformationen der Sozialen Arbeit in Ostdeutschland“. Es folgte eine gleichnamige Publikation, die sich auf rund 350 Seiten in 20 Beiträgen etwa mit der Entwicklung des Studiums der Sozialen Arbeit, den Veränderungen bei der Volkssolidarität* und dem



*Soziale Arbeit, wie wir sie heute definieren,
gab es in einem paternalistischen Staat
wie der DDR nicht.*



SILKE GAJEK,
REFERENTIN DER GEW
MECKLENBURG-VORPOMMERN

ÜBER 30 JAHRE NACH DER POLITISCHEN WENDE IST DER GENERATIONENWECHSEL IN DER SOZIALEN ARBEIT IN OSTDEUTSCHLAND IN VOLLEM GANGE. MITARBEITENDE, DIE STRUKTUREN MIT AUFGEBAUT HABEN UND JETZT IN RENTE GEHEN, BLICKEN MIT GEMISCHTEN GEFÜHLEN ZURÜCK.

Foto: IMAGO/Westend61



Aspekt Rechtsextremismus befasst. Auch Gajek sowie die Leiterin der Fachgruppe Sozialpädagogische Berufe der GEW Brandenburg, Maria Schäfer, schrieben an dem Sammelband mit.

Der Titel „Genese Ost“ fasst quasi die Ausgangslage zusammen. „Soziale Arbeit, wie wir sie heute definieren, gab es in einem paternalistischen Staat wie der DDR nicht“, betont Gajek. Als Fachkräfte galten etwa Erzieherinnen und Erzieher, Hortnerinnen und Hortner, Fürsorgerinnen und Fürsorger oder auch Pionier- und Klubleitungen; ein Studium der Sozialen Arbeit hatte es in der DDR nicht gegeben.

Für die Beschäftigten bedeutete das oft: zurück auf Los. „Sie mussten sich komplett neu orientieren: Was ist mein Berufsabschluss jetzt wert, wo kann ich eingesetzt werden?“, sagt Schäfer. Sie selbst wurde erst 1985 geboren, kennt jedoch die Berichte der Kolleginnen.

Und weiß auch: „Vertreterinnen und Vertreter der großen Wohlfahrtsverbände aus dem Westen kamen in den Osten und bauten Strukturen, Einrichtungen und Angebote auf.“

Noch bis heute seien viele Führungspositionen mit Fachkräften aus Westdeutschland besetzt. Die Karrieren der ostdeutschen Beschäftigten verliefen Schäfers Wissen nach derweil sehr unterschiedlich – von der Weiterqualifizierung durch ein Studium an den neu gegründeten Fachhochschulen bis zum Ausstieg aus dem Berufsfeld. In „Genese Ost“ reflektiert die Brandenburger Gewerkschafterin mit drei weiteren Autorinnen die Bildungs- und Berufsbiografien heutiger Sozialarbeiterinnen. Die Erfahrungen ähneln denen Gajeks: Erst gab es die große Motivation, innerhalb der neuen Strukturen etwas Neues aufzubauen, dann die Enttäuschung ob der mangelnden Partizipation.

>>>

>>> Viel lief damals über Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (ABM) und erinnert an das, was heute Quereinstieg heißt. Auch Gajek und ihre Kolleginnen arbeiteten im Autonomen Frauenhaus als ABM-Kräfte, „wir hatten die erforderlichen Abschlüsse ja nicht“. Und wo keine Profession, da auch kein Professionsverständnis: Zu den vielen Herausforderungen habe es gehört, eine Haltung zu entwickeln und seine Rolle zu definieren, sagt Gajek, die in der DDR eine Ausbildung zur Sekretärin



»

Ich bin sehr gespannt, ob künftig mehr Ostdeutsche in Gestaltungs- und Führungspositionen kommen.

»

MARIA SCHÄFER,
LEITERIN DER FACHGRUPPE SOZIALPÄDAGOGISCHE
BERUFE DER GEW BRANDENBURG

absolvierte, später Sozialökonomie mit Schwerpunkt feministische Soziologie in Hamburg studierte und unter anderem Landesvorsitzende von Bündnis 90/Die Grünen in Mecklenburg-Vorpommern war.

Professionalisierung versus Deprofessionalisierung

Professionalisierung, etwa durch die Akademisierung der Ausbildung, und eine Form der Deprofessionalisierung, etwa durch den Einsatz von ABM- statt Fachkräften, fanden damals parallel statt. Gajek erinnert sich, dass in den Jugendclubs statt akademisch ausgebildeter Sozialpädagoginnen und -pädagogen viele Erzieherinnen arbeiteten, von denen die meisten unter anderem durch den Geburtenknick der 1990er-Jahre und Kita-Schließungen den Job verloren hatten. Folgen hatte auch die plötzliche große Trägervielfalt nach der Wende. „Es gab keine einheitlichen Standards mehr, dafür aber einen ökonomischen Wettbewerb, der zulasten der Arbeitsbedingungen, Gehälter und Qualifikation ging“, sagt Schäfer, die in diesem Kontext auch von „Prekarisierung“ spricht. Zugleich verloren die Gewerkschaften an Stärke: „In den ersten fünf Jahren nach der Wiedervereinigung halbierte sich die Zahl der Mitglieder in Ostdeutschland nahezu von 4,2 auf 2,4 Millionen“, betont Schäfer. Ein Grund waren veränderte Strukturen: Es gab nicht mehr die großen Betriebsgemeinschaften wie zu DDR-Zeiten und auch immer weniger Tarifbindung. Viele Beschäftigte glaubten, ohne Tarifvertrag ohnehin nicht von der Mitgliedschaft in einer Gewerkschaft profitieren zu können. Schäfer blickt jedoch optimistisch in die Zukunft: Derzeit finde in Ostdeutschland ein Generationenwechsel statt. „Ich bin sehr gespannt, ob künftig mehr Ostdeutsche in Gestaltungs- und Führungspositionen kommen.“ Zudem wünscht sie sich, dass aus den Erfahrungen der Vergangenheit Lehren gezogen werden. „Man kann aus der Entwicklung hier gut lernen, wie wichtig es ist, die Beschäftigten in der Sozialen Arbeit umfassend zu beteiligen, auf fachpolitischer Ebene und bei den Trägern. Man muss sich selbstwirksam fühlen, um die Kraft zu haben, andere bei ihren Problemen zu unterstützen.“ ■

* Die Volkssolidarität ist eine 1945 in der sowjetischen Besatzungszone gegründete Hilfsorganisation, die später in der DDR vor allem in der Betreuung älterer Menschen aktiv war. Seit 1990 ist die Volkssolidarität in allen Bereichen der Sozialen Arbeit tätig und Mitglied im Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverband. Bestellung bzw. das PDF des Sammelbands „Genese Ost: Transformationen der Sozialen Arbeit in Ostdeutschland“: gew.de/ew-6-24



Foto: Kay Herschelmann

DOREEN SIEBERNIK

GEW-Vorstandsmitglied
Jugendhilfe und Sozialarbeit

KOMMENTAR

PRÄVENTION STÄRKEN

Die Kinder- und Jugendhilfe leistet wichtige Arbeit für junge Menschen und ihre Familien. Sie wird aber unzureichend finanziert.

Viele engagierte Fachkräfte setzen sich jeden Tag dafür ein, dass Kinder und Jugendliche die Unterstützung bekommen, die sie brauchen. In allen Arbeitsfeldern der Kinder- und Jugendhilfe ist der Alltag allerdings von einem großen Mangel an Fachkräften geprägt. Dieser führt zu einer hohen Arbeitsverdichtung und -belastung mit der Folge, dass wir eine Beeinträchtigung der Qualität der Leistungen mit einhergehender Personalfuktuation beobachten müssen. Parallel steigen die Bedarfe an Leistungen für Kinder und Jugendliche mit komplexen Anforderungen. Dazu zählen zweifelsohne die Auswirkungen der Corona-Pandemie und die Folgen für junge Menschen mit Kriegs- und Fluchterfahrungen. Vielfach gehören Mehrfachproblematiken wie psychische Erkrankungen, Traumata und digitale Gewalt dazu. Auch stecken in der Digitalisierung diverse neue Herausforderungen für die Kinder- und Jugendhilfe, zum Beispiel der Schutz der Kinder im Internet oder auch die entgrenzte Nutzung sozialer Medien und digitaler Spiele. Über allem steht die Aufgabe der Inklusion. Ein wichtiges Thema ist insbesondere die bestmögliche Unterstützung der Kinder und Jugendlichen mit Behinderungen in allen Lebensbereichen. Voraussetzung dafür ist ein funktionierendes Netzwerk auf der Basis guter Zusammenarbeit zwischen Kita, Schule, Jugendhilfe und Gesundheitsämtern. Bei all diesen Anforderungen ist die Finanzierung der Kinder- und Jugendhilfe vielfach unzureichend. Dieser Mangel an Ressourcen trifft insbesondere Kinder und Jugendliche aus benachteiligten Familien, die zusätzliche Hilfe und Unterstützung benötigen. Die inkonsistente Finanzierung führt zu Ungleichheiten in der Qualität der Angebote, da die Finanzierung in den Bundesländern und Kommunen unterschiedlich geregelt ist.

Deshalb ist eine inklusive Weiterentwicklung der Kinder- und Jugendhilfe unerlässlich. Die GEW treibt diese seit Jahren fachpolitisch mit voran. Das Kinder- und Jugendstärkungsgesetz im Jahr 2021 zu implementieren, das eine inklusive Reform des Kinder- und Jugendhilferechts im Sozialgesetzbuch (SGB) VIII in drei Phasen vorsieht, war ein bedeutsamer Meilenstein. Dieser Prozess ist längst nicht abgeschlossen und auch nicht einfach. Es gilt, die Schnittstellen Jugendamt und Eingliederungshilfe systemisch zu verknüpfen, um aufwändige Prüf- und Begutachtungsverfahren zu verschlanken und passgenaue Hilfen zu ermöglichen.

Ich bin davon überzeugt, dass am Ende der Reform ganzheitlicher und mit einem systemischen Blick auf die Lebenslagen junger Menschen geschaut wird. Es gilt, den Präventionsgedanken zu stärken, um allen jungen Menschen von Anfang an die besten Entwicklungschancen zu ermöglichen. ■

„OHNE VERTRAUEN KÖNNEN WIR NICHT ARBEITEN“

JEANNETTE GODDAR
freie Autorin

Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter setzen sich für ein Recht auf Zeugnisverweigerung in der Sozialen Arbeit ein und protestieren gegen Strafbefehle gegen Mitarbeitende eines Fußballfanprojekts in Karlsruhe (s. E&W 12/2023-1/2024, Seite 26 ff.).

Matthias Stein leitet das Fanprojekt Jena. Wer seine Visitenkarte bekommt, findet auf der Rückseite einen Text: Sieben Paragraphen aus Sozial- und Strafgesetzbuch sind dort aufgelistet, damit er sowie seine Kolleginnen und Kollegen jederzeit ihre Geschäftsgrundlage vorzeigen können. Von besonderem Vertrauensschutz ist dort die Rede – und von der Verletzung von Privatgeheimnissen. Eine Regelung steht dort nicht. Deshalb meldet sich der Jenaer Fanprojektleiter an diesem Märztag auf dem Berliner Hausvogteiplatz zu Wort: Paragraph 53 der Straf-

prozessordnung (StPO) listet auf, welche Berufsgruppen „zur Verweigerung des Zeugnisses“ berechtigt sind: Ärzte und Psychotherapeuten, Geistliche, Anwälte, Medienschaffende, Bundestagsabgeordnete und einige mehr. Sozialarbeiterinnen und -arbeiter sind – mit

Ausnahme von Beschäftigten in der Drogenhilfe und der Schwangerschaftsberatung – keine Berufsgeheimnisträger. Rund 50 Demonstrierende sind erschienen und fordern ein Zeugnisverweigerungsrecht (ZVR) in der Sozialen Arbeit.

Strafbefehle und Androhung von Beugehaft

Welche Konsequenzen das Fehlen dieses Rechts hat, erleben derzeit drei Mitarbeitende des Karlsruher Fanprojekts: Sie verweigern die Aussage zu einem Spiel des Karlsruher SC gegen den FC St. Pauli, bei dem Fans Pyrotechnik gezündet und elf Menschen verletzt hatten (s. Seite 26 f.). Unter Vermittlung von zwei Sozialarbeitern und einer Sozialarbeiterin kam es zu einem Ausgleichsgespräch zwischen Geschädigten und Fanszene. Der Fall konnte so außergerichtlich beigelegt werden. Die Staatsanwaltschaft ermittelte jedoch eigenständig wegen der „Freisetzung von Giftstoffen“, warf den

Dreien Strafvereitelung vor und schickte ihnen Strafbefehle mit 120 Tagessätzen à 60 Euro. Das führte in den vergangenen Monaten bundesweit zu Protesten und zur Aufforderung an die Politik, Mitarbeitende der Sozialen Arbeit in die geschützten Berufsgruppen des Paragraphen 53 Absatz 1 StPO aufzunehmen. Stein appellierte bei der Kundgebung in Berlin denn auch an Bundesjustizminister Marco Buschmann (FDP): „Schaffen Sie ein echtes Zeugnisverweigerungsrecht. Ein kleiner Schritt für einen Justizminister ist ein großer für die Soziale Arbeit.“

Organisiert wird der bundesweite Protest von einem „Bündnis für ein Zeugnisverweigerungsrecht in der Sozialen Arbeit“, in dem auch die GEW und ver.di Mitglieder sind. Juri Schaffranek, seit 1988 für den Träger Gangway e. V. auf Berlins Straßen unterwegs, berichtet, dass die derzeitige Rechtslage auch andere treffe: Streetworker würden ebenfalls immer wieder dazu aufgefordert, als Zeugen auszusagen. Das bringe nicht nur die Beziehungsarbeit in Gefahr: „In der Zusammenarbeit mit gewaltaffinen und klandestinen Gruppen ist es regelrecht gefährlich.“



*Vertrauen, Respekt, Anerkennung –
ohne können wir nicht arbeiten.*



THOMAS JELINSKI,
PÄDAGOGISCHER MITARBEITER DES
FANPROJEKTS BERLIN

Thomas Jelinski, seit 1994 pädagogischer Mitarbeiter des Fanprojekts Berlin, betont die besondere Situation der Fanprojekte: „Vertrauen, Respekt, Anerkennung – ohne können wir nicht arbeiten“, sagt er und verweist darauf, dass es auch neue Sozialarbeiterinnen und -arbeiter gebe, die sich all das erst mal verdienen müssen: „Wenn nur der leiseste Verdacht aufkommt, sie könnten mit der Polizei kooperieren, wird das nie was. Von unseren Fans spricht niemand mit der Polizei.“ Auch wenn ihm in Berlin ein Fall wie der Karlsruher in 30 Jahren nicht untergekommen ist, sitzt, wenn er mit den Fans von Hertha BSC oder dem BFC Dynamo zum Auswärtsspiel fährt, immer das Bewusstsein mit im Bus: „Mir ist schon klar, dass ich an jeder Raststätte auf einer Kamera landen kann.“ Die zunehmende Überwachung ist indes nicht der Hauptgrund dafür, dass das „Bündnis für ein Zeugnisverweiger-



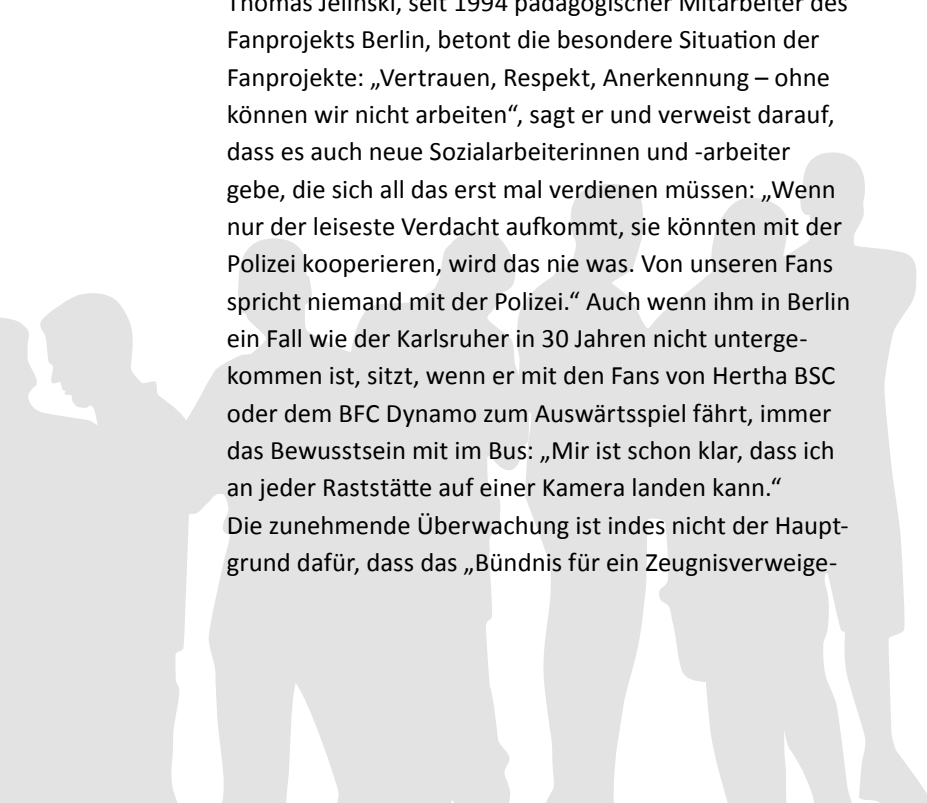
*Wir fordern Bundesjustizminister
Marco Buschmann (FDP) auf,
die Strafprozessordnung anzupassen.
Nur so kann die Soziale Arbeit
ihren grundlegenden Auftrag erfüllen!*



DOREEN SIEBERNIK,
GEW-VORSTANDSMITGLIED JUGENDHILFE
UND SOZIALARBEIT

rechts in der Sozialen Arbeit“ ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts (BVerfG) von 1972, das Sozialarbeit aus dem Zeugnisverweigerungsrecht ausnimmt, für überholt hält. Die Kritiker argumentieren vor allem mit veränderten Zeiten gegenüber jener, als Sozialarbeit vom BVerfG noch als „Fürsorgearbeit“ titulierte wurde. Dass das einem „modernen Professionsverständnis“ nicht mehr entspricht, attestiert auch Peter Schruth, Professor für Recht in der Sozialen Arbeit, in einem Gutachten. Doreen Siebernik, GEW-Vorstandsmitglied Jugendhilfe und Sozialarbeit, erklärt: „Wer seine Arbeit gewissenhaft macht, wird potenziell bestraft. Wir fordern Justizminister Buschmann auf, die Strafprozessordnung anzupassen. Nur so kann die Soziale Arbeit ihren grundlegenden Auftrag erfüllen!“ ■

Bericht (E&W 12/2023-1/2024) zum Karlsruher Fall: [gew.de/ew-6-24](https://www.gew.de/ew-6-24)





»

*Es fällt schon die ganze Zeit schwer
zu erklären, dass wir keine
Straftäter schützen – sondern die
Soziale Arbeit und unseren
Aufgabenbereich.*

»

VOLKER KÖRENZIG,
DIPLOM-SOZIALARBEITER UND MITARBEITER BEIM
FANPROJEKT KARLSRUHE

Foto: Christoph Ruf

„DIE SOLIDARITÄT TUT GUT“

INTERVIEW: CHRISTOPH RUF
freier Journalist

Mitarbeitende eines Karlsruher Fanprojekts sind ins Visier der Justiz geraten (s. Seite 24 f.). Sie hatten bei Ermittlungen gegen Fußballfans, die Pyrotechnik gezündet hatten, die Aussage verweigert. Sozialarbeiter Volker Körenzig ist einer der Beschuldigten (s. E&W 12/2023-1/2024, Seite 26 ff.).

E&W: Herr Körenzig, nachdem Sie, Ihr Kollege und Ihre Kollegin im Oktober vergangenen Jahres um eine Beugehaft herumgekommen sind, gingen Ihnen

nun Strafbefehle mit 120 Tagessätzen à 60 Euro zu. Damit wären Sie vorbestraft. Was wird Ihnen vorgeworfen?

Volker Körenzig: Dass wir logistisch eingebunden gewesen seien und dass die Vorbereitungen für die Pyro-Aktion im Fanprojekt stattgefunden hätten.

E&W: Und das stimmt nicht?

Körenzig: Wir waren gar nicht vor Ort, und die Fans, die die Pyrotechnik gezündet haben, waren nicht im Fanprojekt. Die haben da auch nichts deponiert.

E&W: Und der zweite Punkt?

Körenzig: Der ist das eigentliche Politikum: Strafverteilung, weil wir unser Wissen nicht offenbaren und uns damit zum Mitwisser machen. Uns wird vorgeworfen,

dass unsere Loyalität gegenüber der Klientel größer sei als die gegenüber dem Staat.

E&W: Aber genau dafür werden Sie doch bezahlt, oder? Dass Sie mit den Instrumenten der Sozialpädagogik auf die Fans einwirken. Wie soll das gehen ohne ein intaktes Vertrauensverhältnis?

Körenzig: So sehen wir das ja auch, und so sehen das auch alle Träger und Institutionen im Bereich der Sozialen Arbeit, die sich mit uns solidarisch erklärt haben. Natürlich auch, weil sie wissen, dass ihnen genau das Gleiche wie uns droht, solange es in ihrem Bereich kein Zeugnisverweigerungsrecht (ZVR) gibt. Die Logik der Karlsruher Staatsanwaltschaft ist allerdings eine andere: Hätten wir ein ZVR, würden sie nichts unternehmen. Wir haben aber keines, also sehen sie uns als Teil krimineller Strukturen.

E&W: War keine Verständigung mit der Staatsanwaltschaft möglich?

Körenzig: Wir haben über unsere Anwältin zu erklären versucht, was wir machen, was unser Rollenverständnis ist und warum wir uns nach Paragraph 203 Strafgesetzbuch sogar strafbar machen, wenn wir Privatgeheimnisse weitergeben.

E&W: Das blieb aber erfolglos?

Körenzig: Die Staatsanwaltschaft hat argumentiert, dass in unserem Fall der Ermittlungserfolg über diesem Gesetz stehe. Es fällt schon die ganze Zeit schwer zu erklären, dass wir keine Straftäter schützen – sondern die Soziale Arbeit und unseren Aufgabenbereich. Wobei ich den Staatsanwalt aus seiner Sicht sogar verstehe. Subjektiv macht er nichts Falsches.

E&W: Wurde denn gewürdigt, dass Sie als Fanprojekt ein erfolgreiches Vermittlungsgespräch mit den Opfern organisiert haben?

Körenzig: Leider nein. Dabei waren alle nach dem Gespräch zufrieden. Die einen haben sich glaubhaft entschuldigt, die anderen haben das akzeptiert – und vom Verein noch ein paar Fanartikel bekommen.

E&W: Welche Folgen hat das Verfahren für Ihre Arbeit?

Körenzig: Leider schwerwiegende. Seither fahren wir nicht mehr mit den Ultra-Bussen mit, also mit unserer Zielgruppe. Sie wollten das nicht, um uns nicht noch mal in eine solche Situation zu bringen, sagen sie. Unsere ganze Arbeit hat sich seither verändert. Zumal es nicht ohne Folgen fürs Betriebsklima bleibt, wenn 7.200 Euro Geldstrafe und Vorstrafen im Raum stehen.

E&W: Wobei man wissen muss, dass Fan-Sozialarbeiter in anderen Städten davon träumen, solche Zugänge in die Szene zu haben wie Sie.

Körenzig: Das Vertrauensverhältnis, das über Jahrzehnte gewachsen ist und uns erst erlaubt, auf die Szene einzuwirken, ist nach wie vor intakt, aber wir halten Abstand, um uns wechselseitig zu schützen. Es ist schon schräg: Sonst begleiten wir Fans zu Vernehmungen, jetzt werden wir vernommen. Bis Oktober 2023 stand ja sogar Beugehaft im Raum. Wenn der Richter dem gefolgt wäre, säßen wir jetzt vielleicht mit Schwerkriminellen in einem Knast. Ich hatte im Oktober meine Koffer jedenfalls schon gepackt.

E&W: Der Fall hat bundesweit für Schlagzeilen gesorgt – und aufgerüttelt. So haben zehn renommierte Wissenschaftler als Erstunterzeichner eine Erklärung unterschrieben, nach der die Strafbefehle „eine gravierende Gefährdung der Arbeitsgrundlage Sozialer Arbeit“ darstellten.

Körenzig: Die Solidarität tut gut. Wobei das leider nicht aufwiegt, wie stark die Vorgänge ins Privatleben hineingreifen. Kürzlich bin ich einem Spaziergänger begegnet, der mich erkannte und mir sagte, er halte es für einen Skandal, dass ich noch frei herumlaufe.

E&W: Dabei besteht in den drei Ampel-Fraktionen Einigkeit, dass weit mehr Bereiche in der Sozialen Arbeit das ZVR brauchen.

Körenzig: Vielen Politikern ist das Problem völlig klar, und es gibt ja auch einen Gesetzentwurf. Ich hoffe sehr, dass er noch in dieser Legislaturperiode verabschiedet wird. ■

Bericht (E&W 12/2023-1/2024) zum Karlsruher Fall: gew.de/ew-6-24

DIE VORSTELLUNGEN DER AfD ZUM SCHULUNTERRICHT SIND REAKTIONÄR.



Foto: IMAGO/Imagebroker

EXKLUSIV UND NATIONAL – DIE BILDUNGSPOLITIK DER RECHTEN

ERHARD KORN

Mitglied im Vorstandsbereich Grundsatzfragen der GEW
Baden-Württemberg

Wie könnte sich Schule verändern, wenn die AfD an einer Landesregierung beteiligt wird? Ein Blick in Wahlprogramme, Positionen sowie auf Äußerungen der Politikerinnen und Politiker der Rechtsaußen-Partei.

Ein „großangelegtes Remigrationsprojekt“, konsequent durchgeführt mit wohltemperierter Grausamkeit, ist kein Geheimplan, sondern Kernanliegen einer „neuen

politischen Führung“, wie Björn Höcke, Fraktionschef der AfD im Landtag Thüringen und Spitzenkandidat der Partei für die Landtagswahl im Herbst, ganz offen in seinem Buch „Nie zweimal in denselben Fluss“ betont. Schule solle dazu beitragen, indem sie Migrantinnen und Migranten etwa durch Normen und Schuluniformen den weiteren Besuch „vergällt“, ergänzt Maximilian Krah, Spitzenkandidat der AfD für die Europawahl, in seinem Manifest „Politik von rechts“.

In vielen Einzelheiten widersprechen sich die Vorstellungen der AfD zur Bildungspolitik. Ganztagschulen werden von den einen als Zerstörer der Familie und des Vereinslebens abgelehnt, von anderen gutgeheißen – wenn das geforderte kostenlose Mittagessen autochthonen* deutschen Kindern vorbehalten bleibt.

Einig ist man sich darin, dass Migration schuld ist am angeblichen Niedergang der Bildung und der angeblichen Absenkung des Bildungsniveaus, wie Rolf Weigand,

bildungspolitischer Sprecher der sächsischen AfD-Fraktion, am 11. Dezember 2023 beklagte: „Wir fordern daher, die ausufernde Durchmischung der Schulklassen zu verhindern. Unbegleitete, minderjährige Migranten sollten gesondert in ihrer Heimatsprache unterrichtet werden.“ Für ukrainische Kinder wird Online-Unterricht nach ukrainischem Lehrplan vorgeschlagen. Ausgebildete deutsche Lehrkräfte seien deutschen Schülern (die AfD gendert nicht) vorbehalten.

Das Recht des Stärkeren

Für die AfD in Baden-Württemberg sind homogene Lerngruppen, also Klassen mit Kindern aus dem gleichen Herkunftsland, der Schlüssel zu erfolgreichem Unterricht. Zugangstests schon vor der Grundschule sollen dies sicherstellen. Die AfD im Landtag Brandenburg fordert, dass der Anteil der Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund auf maximal 10 Prozent zurückgeführt wird. Höcke bezeichnete 2023 im Sommerinterview des MDR Inklusion als ein „Ideologiestück“, von dem die Schulen „befreit“ werden müssten. Für autochthone Schüler will der Nationalist ein strenges Auslesesystem. „Stärkere“ dürften nicht von Kindern mit Handicaps oder Lernschwächeren behindert werden. Während die einen mit grundlegender Bildung mit dem Schwerpunkt bei „praktischen Unterrichtsinhalten wie Holzbearbeitung und Haushaltslehre“ für ihre Bewerbung auf Lehrstellen vorbereitet werden sollten, dienten Gymnasium und noch mehr Hochschulen der Förderung einer völkischen Elite, heißt es bereits 2019 im Wahlprogramm der AfD Thüringen.

Die Rechten beschwören einen „schleichenden Genozid durch Genderismus“ (MdB Christina Baum) oder den „Volkstod“ (Höcke) durch zu niedrige Geburtenquoten. Die AfD Thüringen setzt stattdessen auf eine „lebensbejahende“ Sexualpädagogik. „Mut zur Mutterschaft“ und zur „kinderreichen, gesunden Familie“ sollten dazu dienen, so Krah, „Deutschland als Land der ethnisch Deutschen“ gegen eine Zuwanderung von Menschen zu verteidigen, deren Intelligenz nicht ausreiche, qualifizierte Berufe auszuüben. Ein biologistisch begründeter Rassismus kann kaum deutlicher formuliert werden.

Revisionistische Erinnerungspolitik

Hans-Thomas Tillschneider, kulturpolitischer Sprecher der AfD-Fraktion Sachsen-Anhalt, beklagt die „Verweich-

lichung der Kinder“. „Echte Männlichkeit“ sei durch eine Erziehung mit „Kampf, Wettbewerb und Gefahr“ zu fördern, damit Männer wieder „fortpflanzungswürdig“ werden. Mit dem Video „Echte Männer sind rechts, echte Männer haben Ideale, echte Männer sind Patrioten, dann klappt es auch mit der Freundin“, erzielte Krah auf dem Social-Media-Kanal TikTok 1,4 Millionen Aufrufe!

Es gelte, sich nicht nur „unser Land, sondern auch unsere Vergangenheit“ zurückzuholen, betonte der damalige Co-Parteivorsitzende Alexander Gauland schon 2017. Um ein positives Verhältnis der sächsischen Schüler zu ihrer Nation zu fördern, hat die AfD-Fraktion beantragt, alle Schulen mit der Deutschlandfahne auszustatten. Zudem solle die deutsche Nationalhymne zu besonderen Veranstaltungen gesungen werden.

Unter dem Hashtag „#AfD: Sei stolz auf #Deutschland“ postete Krah auf TikTok ein 220.000fach aufgerufenes Video, in dem es heißt: „Wir haben allen Grund, stolz auf unser Land zu sein. (...) Wenn du wiederentdeckst, was deine Vorfahren alles getan haben, dann wirst auch du dich aufrichten können.“ Die Ressourcen der Fraktionen ermöglichten es, „unsere #Jugend effektiv anzusprechen“, so die schwäbische AfD-Bezirksrätin Gabrielle Mailbeck nach einer Fraktionsschulung. Filmsequenzen auf TikTok und die Bildsprache gehässiger Sharepics mit zu Fratzen entstellten Gesichtern von Migranten und AfD-Gegnern, oft mit Künstlicher Intelligenz (KI) produziert, entmenslichen mit den Mitteln der Kriegspropaganda.

Autoritär geführte Schule

Die autoritäre Rechte setze auf eine autoritär geführte Schule und lehne „Individualisierung“ ab, so Höcke. In Sachsen-Anhalt fordert man ein „hartes Durchgreifen der Lehrer“ mit Strafen wie dem „In-die-Ecke-Stellen“. „Bildung braucht Führung“, postuliert Tillschneider. „Mittel für politische Bildung“ sollten in Thüringen zugunsten einer kostenlosen Frühstücksversorgung gekürzt, Landesprogramme für Toleranz und Weltoffenheit „unverzüglich“ beendet werden, betonte Höcke auf dem Landesparteitag am 17. November 2023. Opfer rechtsextremer Gewalt könnten, würde seine Forderung umgesetzt, dann ebenso wenig unterstützt werden wie Initiativen gegen Antisemitismus, Schulfahrten zum KZ Buchenwald, Schulprojekte für Weltoffenheit und Lesungen oder zivilgesellschaftliche Initiativen. >>>

>>> Als Regierungspartei werde man dafür sorgen, so Höcke, dass die Schulen nationale Traditionen pflegen. Das Eintreten von Lehrkräften für Demokratie und Weltoffenheit zählt die Rechtsaußen-Partei zu den „Verstößen durch das Lehrpersonal oder der Schulaufsichtsbehörden gegen das Neutralitätsgebot“, die zu ahnden seien. Unverhohlen drohte schon das Thüringer Landtagswahlprogramm der AfD von 2019 demokratischen Lehrkräften mit Disziplinarmaßnahmen und Strafverfolgung. Auch in seiner „Bewerbungsrede“ als Ministerpräsident sprach Höcke am 17. November von einem „langen Weg des Aufräumens“.

Solche Drohungen haben Folgen. In Burg in Brandenburg rief die rechte Szene Anfang 2023 in den sozialen Medien mit Stickern und Steckbriefen zur „Jagd“ auf zwei engagierte Lehrkräfte auf. Im Sommer 2023 ließen sich diese versetzen, die Schulleiterin trat zurück. Der

AfD-Kreisvorsitzende von Cottbus, Jean-Pascal Hohn, kommentierte zynisch: „Bürgerliches Engagement wirkt.“

Die GEW Thüringen verweist denn auch auf Sorgen der Mitglieder für den Fall einer Regierungsbeteiligung der AfD. Die Verunsicherungen mit Blick auf mögliche Redeverbote sowie Zweifel, ob die Arbeit unter einer solchen Regierung noch mit ihrem demokratischen Wertekompass vereinbar wäre, seien groß. So weit dürfe es nicht kommen, betont eine junge Kollegin aus Jena, die anonym bleiben möchte: „Wenn wir gute Lehrkräfte für die künftige Generation möchten, brauchen wir Länderregierungen, die für demokratische Grundwerte stehen und Minderheiten schützen. Ich werde nicht für die AfD arbeiten.“ ■

*Altgriechisch für „einheimisch, eingeboren, hier entstanden“



Foto: IMAGO/epd/Hans-Jürgen Bauer

ALLES WIE GEHABT: HINTER DER MASKE DER SCHRECKEN VON TAUSEND JAHREN. MOTIV BEIM DIESJÄHRIGEN ROSENMONTAGSZUG IN DÜSSELDORF.

„DAS SCHÄRFSTE SCHWERT DER KMK“

KARL-HEINZ REITH
freier Journalist

Die Kultusministerinnen und -minister fürchten, bald könnte ein AfD-Minister auch in ihren Reihen Platz nehmen. Was tun? Es gibt Überlegungen für den Fall der Fälle.

Noch ist in Brandenburg, Thüringen und Sachsen nicht gewählt. Doch das gegenwärtige AfD-Umfragehoch weckt berechtigterweise Sorgen. Eine bundesländerübergreifende Bildungspolitik war bisher schon kein leichtes Unterfangen und stets mit viel Kompromissbereitschaft zwischen Union und SPD verbunden – zumal der Bund als Geldgeber bei vielen Programmen seine Vorstellungen obendrein ebenfalls berücksichtigt sehen will. Was passiert aber, wenn plötzlich ein AfD-Minister Einzug in die Kultusministerkonferenz (KMK) hält? Für die Rechtspopulisten sei die Bildungspolitik eine der zentralen Kampfarenen, um den gesellschaftlichen Diskurs nach rechts zu verschieben, argumentiert Mark Rackles, früher SPD-Bildungsstaatssekretär in Berlin und langjähriges Mitglied der KMK-Amtschefkonferenz. Der Hamburger Jura-Professor Felix Hanschmann pflichtet ihm bei: „Die Schule ist der Bereich, in dem Regieren auf Mentalität, auf Denken trifft. Und wenn eine rechtsextreme Partei das Kultusministerium hat, dann wird sie versuchen, die Schule im Sinne ihres rechtsextremen Denkens zu verändern.“ Konkret gehe es im Unterricht etwa darum, welche Bücher die Schülerinnen und Schüler im Fach Deutsch lesen – „ob das Bertolt Brecht ist oder Ernst Jünger – und welche Ausflüge es geben wird: Fährt man zum Hermannsdenkmal oder in ein ehemaliges Konzentrationslager?“. Das alles seien Entscheidungen, die im Ministerium und in den Schulen getroffen würden und nicht in den Parlamenten. Beamte des Ministeriums könnten über Inhalte bestimmen, indem sie zum Beispiel festlegten, welche Schulbücher verwendet und welche

Fächer in welchem Umfang unterrichtet werden. Hanschmann: „Politikunterricht, Geschichte, Ethik – das sind alles Bereiche, in denen rechtsextreme Kreise Einfallstore sehen, um Kinder zu indoktrinieren.“

Was aber tun? Die KMK hat sich ohnehin für dieses Jahr eine große Strukturreform verordnet. Neben der Verschlankung ihrer Gremienstruktur ist einer der zentralen Punkte die Abkehr vom bisherigen Einstimmigkeitsprinzip im KMK-Plenum. Die Idee ist nicht neu, wurde in früheren Debatten aber stets wieder verworfen. Gleichwohl ist durch das aktuelle Erstarken der AfD neuer Druck entstanden. Aber was könnte es konkret bewirken, wenn die Kultusminister wichtige Beschlüsse nicht mehr einstimmig fassen müssen? Fällt zum Beispiel ein Bildungsministerium unter AfD-Regie zu sehr vom bisherigen Länderkonsens über die Abiturinhalte oder andere KMK-Vorgaben ab und installiert dafür rechtslastige Inhalte im Unterricht, könnte eine Mehrheit in der KMK diesem Bundesland die bundesweite Anerkennung der Abschlusszeugnisse verweigern. Für Rackles wäre dies „das schärfste Schwert der KMK“.

In der KMK ist den Sprecherinnen der Unions- und SPD-geführten Länder der Gedanke, das Einstimmigkeitsprinzip abzuschaffen, nicht fern. Die CDU-Partei-Vize und Bildungsministerin von Schleswig-Holstein, Karin Prien, sagt: „Ich glaube, dass wir aufpassen müssen, dass nicht einzelne Länder den notwendigen Fortschritt in der Bildungspolitik blockieren können.“ Ihre SPD-Amtskollegin Stefanie Hubig aus Rheinland-Pfalz wird konkreter: „Wir müssen uns die Frage nach dem Einstimmigkeitsprinzip stellen.“ Dies könne bedeuten, dass einzelne Länder ihren eigenen Weg gehen, „um nicht die große Mehrheit aufzuhalten“.

Bisher galt das Einstimmigkeitsprinzip bei wichtigen KMK-Entscheidungen stets als sakrosankt. Ewig wurde in den 1970er-Jahren zwischen Union und SPD über einen Kompromiss zur bundesweiten Anerkennung der Gesamtschul-Abiturzeugnisse gestritten, wie später auch um den Mittleren Schulabschluss. Ob das Einstimmigkeitsprinzip fällt, ist nicht sicher. Denn es gibt auch skeptische Stimmen, die fragen, ob sich heute angesichts eines mobiler gewordenen Arbeitsmarktes eine solche Ausgrenzung in der Praxis überhaupt noch realisieren lässt. ■



Foto: Kay Herschelmann

STORYTELLING, ORGANIZING UND POLITISCHE BILDUNG

NADINE EMMERICH
freie Journalistin

Rund 100 junge GEW-Mitglieder haben am Pfingstwochenende bei der GEWolution in Erkner bei Berlin über das Bildungssystem und gewerkschaftliche Arbeit diskutiert.

Künstliche Intelligenz und Big Data, soziale Bewegungen und Protest, politische und demokratische Bildung, Rassismus und Antisemitismus, Bildung für nachhaltige Entwicklung, geschlechterreflektierende Pädagogik und internationale Zusammenarbeit: Fast zwei Dutzend Workshops standen auf der Agenda der

viertägigen GEWolution, zu der rund 100 Teilnehmende angereist waren. Das Motto der alle vier Jahre stattfindenden GEW-Jugendkonferenz lautete: „one solution. GEWolution – Kritik Praxis Utopien“.

„Wir wollten emanzipatorische Bildung in den Fokus rücken“, erklärte Alexander Kolling aus dem ehrenamtlichen Organisationsteam. „Die Teilnehmenden sollen befähigt werden, den aktuellen Herausforderungen des Bildungssystems, denen sie in ihrer Praxis begegnen werden, gewachsen zu sein.“ Deshalb seien alle Workshops praxisnah und setzten sich mit gesamtgesellschaftlichen Themen auseinander.



*Wir müssen auch im
gewerkschaftlichen Kontext mehr lernen,
Geschichten zu erzählen
und Bilder und Emotionen mit
Fakten zu verknüpfen.*



OLIVER DANNER,
JUNGE GEW BAYERN

Darüber hinaus gab es Hilfestellung für die gewerkschaftliche Arbeit. Unter der Überschrift „Wie kann ich Menschen von meinem Anliegen überzeugen?“ empfahl beispielsweise Liz Rech, Dozentin an der Hochschule für Musik und Theater Hamburg und der HafenCity Universität Hamburg: durch Storytelling. Informationen in Geschichten zu verpacken, erzeuge Identifikation, sagte die Regisseurin, Dramaturgin und Aktivistin. „Fakten, die berühren, bleiben haften.“ Im Beruf solle man dabei aber kurz und aussagekräftig bleiben und nicht nur die Kernaussage, sondern auch den Schluss der Story gut planen.

„Wir müssen auch im gewerkschaftlichen Kontext mehr lernen, Geschichten zu erzählen und Bilder und Emotionen mit Fakten zu verknüpfen“, sagte der Workshop-Teilnehmer und Sprecher der Jungen GEW Bayern, Oliver Danner. „Wir haben überzeugende Fakten, aber die allein reichen oft nicht, um Leute mitzureißen.“

Ein Beispiel für gutes Storytelling sei die Netzdebatte über das Wissenschaftszeitvertragsgesetz mit >>>



Mit Ihrer Hilfe finden Kinder Platz zum Spielen.

Jedes Kind hat das Recht zu spielen und sich zu bewegen.
Aber viel zu oft fehlt es an geeigneten Räumen im Freien.
Wir setzen uns für bessere Spielplätze in Deutschland ein.

Spendenkonto
IBAN: DE23 1002 0500 0003 3311 11 • Bank für Sozialwirtschaft



>>> dem Hashtag #IchbinHanna (s. E&W 10/2021): „Damit können sich viele identifizieren, und es entsteht Gemeinsamkeit.“



*Persönliche Ansprache,
keine E-Mails.
Wir müssen lernen, wieder
mit Leuten zu reden.*



ANN-KATHRIN HOFFMANN,
EHEMALIGE SPRECHERIN DES BUNDESAUSSCHUSSES
GEW STUDIERENDE

Stichwort Hochschulpolitik: Bei einer Konferenz, die sich insbesondere an Mitglieder richtet, die jünger als 35 Jahre sind, war natürlich auch der angestrebte Tarifvertrag für studentische Beschäftigte (TVStud) Thema. Ann-Kathrin Hoffmann, bis vor kurzem Sprecherin des Bundesausschusses GEW Studierende, skizzierte die Geschichte der Initiative, erläuterte den in der Tarifrunde der Länder 2023 erreichten Einstieg und stellte Kernaussagen der Studie „Jung, akademisch, prekär.“ vor, für die mehr als 11.000 Hilfskräfte sowie Tutorinnen und Tutoren befragt worden waren.

Viele Teilnehmende hatten sich für den Workshop zur studentischen Tariffbewegung nach eigenen Worten angemeldet, um sich bundesweit besser zu vernetzen – ein Aspekt, aus dem die Initiative ihren Erfolg generiert hatte. Und wie geht es damit nun weiter? Hoffmann gab einen Ausblick auf das, was bis zur Tarifrunde 2025 denkbar sei: zum Beispiel Mitbestimmungssemester, eine bundesweite Organizing-Konferenz, Organizing- und schließlich Streiksemester. Sie erklärte, wie man Mehrheiten organisiert und Gegenmacht aufbaue. Ein wichtiger Tipp: „Persönliche Ansprache, keine E-Mails. Wir müssen lernen, wieder mit Leuten zu reden.“ Zum Abschluss der Konferenz kamen die GEWolution-Teilnehmenden mit der GEW-Vorsitzenden Maike Finnern ins Gespräch. „Jugendarbeit braucht hauptamtliche Unterstützung“, sagte Finnern. „Deshalb haben wir die Referentenstelle in meinem Vorstandsbereich durch

Umschichten auf 75 Prozent aufgestockt. Wir leben davon, dass junge Leute eintreten, dabeibleiben und aktiv werden, nicht nur in den Gremien, sondern auch in den Landesverbänden. Dort wird die Politik vor Ort gemacht.“ Ihre konkrete Bitte mit Blick auf den Gewerkschaftstag lautete: „Lasst euch delegieren, werdet sichtbar. Bringt Anträge ein, diskutiert mit.“ Ähnlich hatte sich der GEW-Hochschulexperte und Vizevorsitzende Andreas Keller in seiner Eröffnungsrede geäußert: „Es kommt darauf an, die Interessen junger Mitglieder schon heute zu vertreten und sie zu ermuntern, die GEW mitzugestalten.“ Mit Blick auf die gesamte Gewerkschaft betonte er: „Wir dürfen nicht stehen bleiben, sondern müssen den Mut zu bildungspolitischen Utopien haben.“



*Wir leben davon,
dass junge Leute eintreten,
dabeibleiben und aktiv werden –
nicht nur in den Gremien,
sondern auch
in den Landesverbänden.*



MAIKE FINNERN,
GEW-VORSITZENDE

Der Frage nach einem Vorstandsbereich Jugend erteilte Finnern derweil eine Absage: „Das ist derzeit finanziell schlicht nicht umsetzbar.“ Die Debatte um eine Jugendquote kann ihrer Ansicht nach indes erneut geführt werden – allerdings bestenfalls so, dass unterschiedliche Quoten nicht gegeneinander ausgespielt würden. Auf künftige Aufgaben angesprochen betonte sie: „Die GEW muss jenseits der Interessenvertretung von Beschäftigten auch gesellschaftspolitisch aktiv sein“ – und sich etwa gegen rechts engagieren. ■

Die Studie „Jung, akademisch, prekär.“ von GEW, ver.di und iaw:
gew.de/ew-6-24



Fotos: Kay Herschelmann

Spannend und lehrreich

Jessica Flecks (23), GEW Sachsen, studiert Deutsch und Mathematik auf Gymnasiallehramt an der TU Dresden:

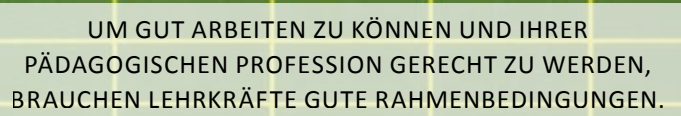
„Ich möchte mich dafür einsetzen, unser Bildungssystem zu verändern. Gewerkschaften können thematisch Menschen bündeln, die parteipolitisch vielleicht nicht zusammenfinden. Das finde ich spannend. Ich schreibe gerade meine Abschlussarbeit über Schulentwicklung und suche auch politische Anknüpfungspunkte für die nächsten Jahre. Vor der GEWolution kannte ich die Junge GEW kaum. Deswegen war es toll, hier viele Gespräche zu führen. Die Workshops haben mir unfassbar viele Impulse gegeben. Es war spannend, in immer neuen Gruppen zusammenzukommen. In den Pausen haben wir uns vernetzt und an Ideen weitergesponnen. Ich habe jetzt mehr Gefühl für diese Gewerkschaft.“



Viele neue Impulse

Alexander Kolling (28), GEW Hamburg, wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Professur für Weiterbildung und lebenslanges Lernen der Helmut-Schmidt-Universität:

„Ich arbeite lieber in Projekten als in Gremien. Darum habe ich im Orga-Team mitgemacht. Unser Ziel war es, Menschen zu befähigen, nach dem Hands-on-Prinzip mit irgendwas loszulegen. Das hat funktioniert: Die Impulse aus den Workshops haben dazu geführt, dass Leute Bock hatten, was zu machen. Beim Open Space haben wir gesehen, wie sich viele Gruppen zu unterschiedlichen Themen gebildet haben. Ich persönlich komme mit neuem Enthusiasmus zurück. Manchmal fühlt man sich durch Strukturen und Hierarchien ja etwas gelähmt. Jetzt habe ich aber wieder das Gefühl: Ich möchte aktiv gewerkschaftliche Bildungsarbeit machen. Das wurde durch Begegnungen und Gespräche hier wieder belebt.“



TRAUMJOB ODER TRAUMA?

Gleichzeitig ist der Beruf aber auch einer, der Erfüllung verspricht und geben kann, den man – eigentlich – gern ausüben sollte. In einer E&W-Serie, die in der Februar-Ausgabe gestartet ist, berichten aktive und angehende Lehrkräfte, was sie an ihrem Beruf lieben, mit welchen Schwierigkeiten sie konfrontiert sind, was sie trotz alledem im Beruf hält – oder eben auch dazu gebracht hat, das Handtuch zu werfen.

„VERANTWORTUNGSLOS“

LISA GRAF

Lehrerin und Buchautorin

Ich hatte oft das Gefühl, in mein Lehramtsstudium eher hineingestolpert zu sein als mich bewusst dafür entschieden zu haben. Ein Grund dafür könnte meine soziale Herkunft sein. Mein Vater war Hauptschüler, meine Mutter hat das Gymnasium vor dem Abitur verlassen. Ich selbst ging auf eine Realschule, bevor ich zur Gesamtschule wechselte, um Abitur zu machen. Die Universität und alles, was damit zusammenhing, war daher eine völlig fremde Welt. Ich wusste nur: Der nächste logische Schritt wäre ein Studium. Aber was studieren, wenn man sich selbst und seiner Familie erklären soll, „was man später mal damit anfangen kann“? Ich sehnte mich in dieser neuen und einschüchternden Umgebung nach dem Bekannten, nach Sicherheit. Und so landete ich schließlich beim Lehramt: Die Schule kannte ich gut, da wusste ich, was mich später erwarten würde. Die Motivation meiner Entscheidung vereint mich mit vielen angehenden Lehrkräften. Denn das Lehramtsstudium zieht vor allem junge Menschen mit einem hohen Sicherheitsbedürfnis und dem Wunsch nach klaren Hierarchien an. Schließlich bietet es viele Vorzüge für all diejenigen, die das Vertraute suchen: Jede Lehrkraft, die vor einer Klasse steht, saß selbst mal auf der anderen Seite. Sie weiß, womit sie rechnen kann. Hinzu kommen verlockende Rahmenbedingungen, die eine stabile Zukunftsplanung ohne große Überraschungen versprechen. Allen voran natürlich die Verbeamtung, das gute Gehalt und die komfortable Pension. Aber auch häufige und lange Ferien und die planbaren Arbeitszeiten. Ich habe aber schnell erkannt, was mich in dem Job wirklich motiviert: Der enge Kontakt mit Kindern und Jugendlichen im Alltag bringt für die eigene Persönlichkeitsentwicklung einen riesigen Mehrwert. Ihre Unterschiedlichkeiten kennenzulernen, einen Zugang zu jenen zu finden, die sich anfangs verschließen, ihnen Selbstvertrauen zu vermitteln. Es gibt wohl wenige Tätigkeiten, die spannender und erfüllender sind.

Die Medaille hat aber wie immer zwei Seiten. Und für mich sind die Kehrseiten der Sicherheit und Planbarkeit der Grund gewesen, warum ich dem Lehrerberuf vorerst den Rücken gekehrt habe. Denn diese Sicherheit kann sich schnell wie ein allzu eng geschnürtes Korsett anfühlen. Die wenigen Aufstiegsmöglichkeiten sind wie eine Sackgasse. Die Hierarchien im Schulsystem sind steil, allerdings nicht an die „professionelle pädagogische Performanz“ geknüpft, wie es der Soziologe und Bildungsexperte Aladin El-Mafaalani in seinem Buch „Mythos Bildung“ formuliert. Das heißt konkret: In der Schule gibt es kaum Aufstiegsmöglichkeiten, auch wenn sich Lehrkräfte überdurchschnittlich engagieren. Und es bedeutet auch: Besonders gute Kolleginnen und Kollegen bekommen nicht mehr Wertschätzung als jene, die jahrelang nur das Nötigste in ihren Job investieren. Idealisten behaupten, die Arbeit mit den Kindern und Jugendlichen sollte all das aufwiegen. Ich finde diese Haltung fatal. Denn gerade an Orten wie der Schule, an der die Lehrkräfte tagtäglich pädagogisches und zwischenmenschliches Fingerspitzengefühl beweisen müssen, sollten sie auch entsprechende Arbeitsstrukturen vorfinden und nicht nur von ihrem Idealismus leben.

Das Problem: An Schulen in Deutschland fehlt es an Selbstverständlichkeiten. Angefangen beim Personalmangel, der ja nicht nur Lehrkräfte einschließt, sondern auch anderes pädagogisches Personal. Von multidisziplinären Teams können die meisten Schulen nur träumen. Weiter über regelmäßige Supervisionen, die im pädagogischen Berufsfeld eigentlich Usus sind und bei denen Lehrkräfte einen geschützten Raum bekommen, sich ehrlich zu reflektieren. Hinzu kommt eine Kultur des Austauschs und der konstruktiven Kritik, die an vielen Schulen noch längst nicht etabliert ist.

Ich vermisse diese Strukturen und bewundere jede Lehrkraft, die trotz der Umstände tagtäglich mit Motivation und Engagement ihren Job macht. Dass die Politik sich auf das ungebrochene Engagement dieser Lehrkräfte verlässt und sie so die Lücken des Bildungssystems flicken lässt, finde ich nicht nur traurig, sondern geradezu verantwortungslos. ■

VOM VORZEIGEPROJEKT ZUM AUSLAUFMODELL?

BIRGITA DUSSE

Referentin „Bildung in der digitalen Welt“
beim GEW-Hauptvorstand

Im Schatten der Schuldenbremse verhandeln Bund und Länder derzeit über den Digitalpakt 2.0. Die GEW hält den aktuellen Entwurf für völlig unzureichend.

Am Beginn stand das Prinzip Hoffnung: „Gemeinsam mit den Ländern werden wir die öffentlichen Bildungsausgaben deutlich steigern und dafür sorgen, dass die Unterstützung dauerhaft dort ankommt, wo sie am dringendsten gebraucht wird“, schrieben die frischgebackenen Partner der Ampel-Regierung 2021 in den Koalitionsvertrag. Eine Fortsetzung des im Mai 2024 ausgelaufenen „Digitalpakt Schule“ steht derzeit vor dem Hintergrund der Haushaltskürzungen jedoch noch immer auf der Kippe.

Zumindest eines ist klar: Lückenlos, wie von der GEW gefordert, wird der Digitalpakt nicht fortgeführt. Die Bundesländer drängen seit Monaten beim Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) auf eine neue Bund-Länder-Vereinbarung. Ob und wann Brief und Siegel unter ein solches Papier kommen, ist noch immer unklar. Die Haushaltsvorgaben der Ampel-Regierung bremsen das Vorhaben aus.

Nach langem Hinauszögern hat das BMBF den Ländern Ende April endlich einen Entwurf zur Vereinbarung für den Digitalpakt 2.0 vorgelegt. Dieser bietet einigen Diskussions- und Sprengstoff. Einzelne Kultusministerien reagierten bisher (sehr) unzufrieden. Die GEW kritisierte

den Entwurf Anfang Mai scharf. Das Papier sieht eine „letztmalige Unterstützung des Bundes“ von 2025 bis 2030 vor. Der Finanzierungsanteil des Bundes am Digitalpakt 2.0 soll von bisher bis zu 90 Prozent auf 50 Prozent reduziert werden – und ab 2030 komplett entfallen. Zudem will das BMBF den Ländern vorschreiben, wie viele verpflichtende Fortbildungen sie anbieten müssen. Ob sich Bund und Länder bis zur nächsten Sitzung der Kultusministerkonferenz (KMK) Mitte Juni einigen werden, ist fraglich. Ralf Becker, GEW-Vorstandsmitglied Berufliche Bildung und Weiterbildung, mahnt: „Der Pakt muss kommen. Der Bund darf sich nicht aus der Verantwortung bei der Schuldigitalisierung stehlen. Wir fordern eine Verstetigung der Digitalpaktmittel – weder einen leisen Rückzug des Bundes noch ein abruptes Ende. Unsere Vorschläge für eine nachhaltige und sozial gerechte digitale Ausstattung und Infrastruktur an Schulen liegen schon lange auf dem Tisch.“

Profession statt Profit: Gute Arbeits- und Lernbedingungen ins Zentrum stellen.

Das GEW-Positionspapier für den Digitalpakt 2.0 skizziert, wie es weitergehen könnte. Die digitale Ausstattung der Schulen ist demnach so anzulegen, dass sie nachhaltig wirkt. Für eine gelingende Umsetzung müssen Kriterien entwickelt werden. Angesichts der Klimakrise senden ungenutzte oder häufig gewechselte Geräte das falsche Signal. Eine nachhaltige und sinnvolle digitale Infrastruktur an Schulen im Sinne einer Grundversorgung für Schülerinnen und Schüler sowie Lehrkräfte berücksichtigt auch IT und Wartungsstrukturen vor Ort. Diese Aufgabe ist nicht von Lehrkräften „on top“ oder mit nicht ausreichender Freistellung zu bewältigen.

Digitale Schulentwicklungsprozesse brauchen mehr zeitliche, finanzielle und fachliche Ressourcen als bisher. Oft

läuft es aber in die andere Richtung. Alles soll möglichst schnell passieren, ohne jedoch die adäquaten öffentlichen Mittel und Ressourcen zur Verfügung zu stellen. Das kritisiert Anja Bensinger-Stolze, GEW-Vorstandsmitglied Schule: „Digitalisierung an Schulen darf nicht von Effizienzkriterien und Profitinteressen getrieben sein. Unser Ziel ist, jedem Kind und jeder Lehrkraft die gleichen Möglichkeiten zu bieten, mit digitalen Geräten in einer gut ausgestatteten Infrastruktur gut zu lernen und gut zu arbeiten. Bildungsfragen und pädagogische Konzepte müssen auch im Digitalpakt 2.0 handlungsleitend bleiben.“

Für eine Mittelverteilung nach sozialen Indikatoren

Die GEW setzt sich deshalb für eine transparente, gerechte und soziale Steuerung eines künftigen Digitalpakts ein, die sich an einem umfassenden Qualitätsmonitoring und den Professionsinteressen orientiert. Für gute Arbeits- und Lernbedingungen muss auch die steigende Arbeitsbelastung der Beschäftigten in den Blick genommen werden. Hierzu gehören Maßnahmen der Gesund-

heitsprävention ebenso wie eine gute Ergonomie bei Arbeitsgeräten und das Recht auf Nichterreichbarkeit. Der BMBF-Entwurf sieht eine Zuweisung der Digitalpaktgelder anhand der Zahl der Lernenden vor. Das wird dem GEW-Vorschlag, die Mittel nach sozialen Kriterien zu verteilen, also „Ungleiches ungleich zu behandeln“, nicht gerecht. Um eine sozial ausgewogene und gerechte Steuerung des Digitalpakts 2.0 zu erreichen, setzt sich die Bildungsgewerkschaft dafür ein, Mittel nach sozialen Indikatoren zu verteilen und finanzschwache Kommunen gezielt zu fördern. Ein transparentes Monitoring kann dies unterstützen. Utopie? Keineswegs: Der Multiple Benachteiligungsindex (MBI) etwa zeigt konkret, wie Mittel sozial gerecht verteilt werden könnten. Der MBI umfasst vier Dimensionen: die Wirtschafts- und Finanzkraft eines Landes, die soziale Bedürftigkeit, den Bildungsstand der Bevölkerung und weitere Indikatoren wie den Anteil der Menschen mit Migrationshintergrund oder die Zahl der Menschen, die jünger als 18 Jahre sind. Zeit also, mehr Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit zu wagen. ■

GEW-Gutachten und -Positionspapier unter [gew.de/ew-6-24](https://www.gew.de/ew-6-24)



WIE GEHT ES MIT DER
DIGITALISIERUNG AN
DEN SCHULEN WEITER?

Foto: IMAGO/Funke Foto Services



Fotos: UNATU/Kalamagi Gowan

HYGIENEARTIKEL FÜR FRAUEN SIND IN UGANDA MANGELWARE. VIELE MÄDCHEN SCHÄMEN SICH, WENN SIE IHRE MENSTRUATION HABEN, UND KOMMEN DESHALB NICHT ZUR SCHULE. IN EINEM PROJEKT DER GEWERKSCHAFT UNATU WIRD LEHRKRÄFTEN GEZEIGT, WIE SIE GEMEINSAM MIT IHREN SCHÜLERINNEN UND SCHÜLERN MENSTRUATIONSBINDEN NÄHEN KÖNNEN.

„FEHLENDE BILDUNG UND ARMUT – DAS IST EIN TEUFELSKREIS“

MARTINA HAHN
freie Journalistin

Die GEW-Stiftung fair childhood bringt Mädchen, die arbeiten oder früh Mutter geworden sind, zurück in den Schulunterricht. So können sie dem Teufelskreis aus Armut und fehlender Bildung entfliehen.

Ein Stück Baumwollstoff, eine Nadel, Garn – manchmal braucht es nicht mehr, um Mädchen für die Schule zu gewinnen. „Wir zeigen den Lehrerinnen und Lehrern in Workshops, wie sie gemeinsam mit

ihren Schülerinnen und Schülern Menstruationsbinden nähen können“, sagt Kalamagi Gowan von der Uganda National Teachers’ Union, kurz UNATU, einem Partner der GEW-Stiftung fair childhood. Denn in den meisten Regionen des Landes können es sich die Familien nicht leisten, Binden zu kaufen. In der Regel versuchen die Mädchen und Frauen während ihrer Periode, das Blut mit den Blättern der Hirse und anderer Pflanzen aufzufangen. Toiletten sind rar. „Die Mädchen schämen sich, wenn sie bluten – und bleiben zu Hause“, sagt Gowan. Je mehr Unterricht sie versäumten, desto schwieriger werde es, sie an den Schulen zu halten, für den Unterricht zu begeistern, sie bis zu einem Abschluss zu begleiten. Gowan: „Fehlende Bildung und Armut – das ist ein Teufelskreis.“

Die Gründe, warum Mädchen dem Schulunterricht fernbleiben, sind vielschichtig. Dazu zählen nicht nur fehlende Menstruationsbinden und Schultoiletten. Oft

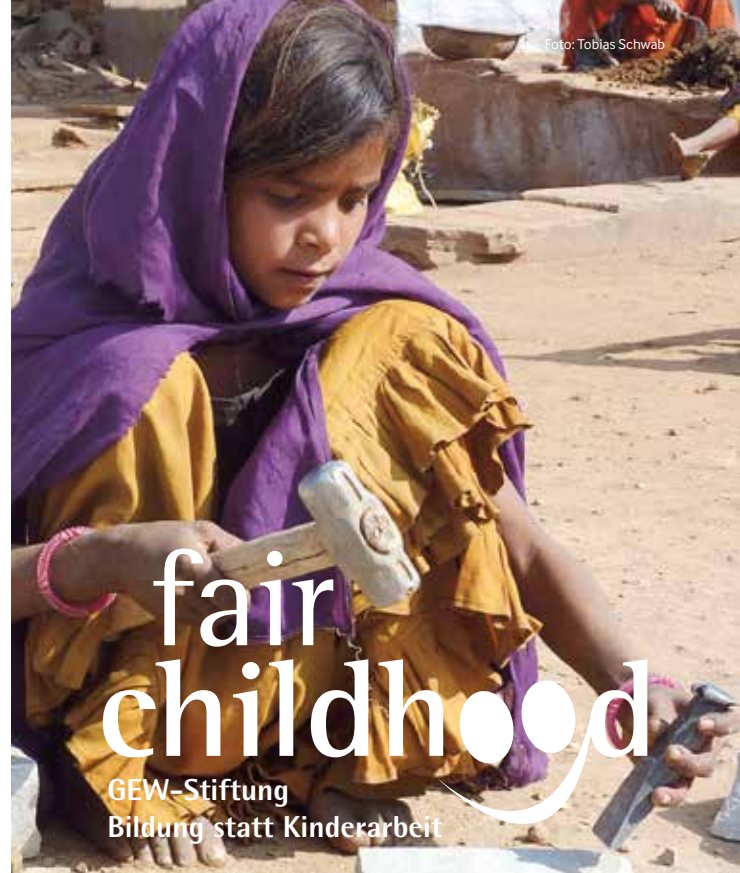
müssen Mädchen den ganzen Tag auf ihre Geschwister aufpassen, weil Vater und Mutter arbeiten oder migriert sind. Viele Eltern können sich außerdem weder Schulgebühren noch -uniformen leisten. Sie benötigen das Geld, das die Kinder auf dem Kaffeefeld, in Minen, in einem fremden Haushalt verdienen. Oder sie haben Sorge, dass die Tochter auf dem Weg zur Schule vergewaltigt wird. „Manche Väter und Mütter meinen leider auch, dass ihre Töchter keinen Schulabschluss benötigen, da sie ohnehin früh heiraten“, bedauert Gowan.

Weltweit besuchen 129 Millionen Mädchen keine Schule.

In vielen Regionen der Welt gehen weniger Mädchen zur Schule als Jungen – und brechen diese häufiger ab. Weltweit treffe das auf 129 Millionen Mädchen im schulpflichtigen Alter zu, informiert das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) und schreibt: „Mädchen sind beim Zugang zu Bildung weiterhin stark benachteiligt.“ Allein in Afrika besuchten neun Millionen Mädchen – und sechs Millionen Jungen – im Alter zwischen sechs und elf Jahren nie eine Schule, so die UNESCO.

Das versuchen die GEW-Stiftung fair childhood und ihre Partner – in Afrika vor allem lokale Lehrkräfte-Gewerkschaften – zu ändern. Mit Erfolg: Zwischen 2021 und 2023 sind durch die Projekte mehr als 1.800 Mädchen an die Schulen zurückgekehrt. In Uganda beispielsweise sprechen UNATU-Vertreterinnen und -vertreter mit Eltern, Dorfältesten oder religiösen Führerinnen bzw. Führern über traditionelle Rollen, Geschlechtergleichheit, die Rechte der Mädchen und Frauen. Sie organisieren Gruppen, damit die Kinder den oft langen Schulweg nicht mehr alleine zurücklegen müssen. Sie klopfen an die Türen der Gemeindevorsteherinnen und -vorsteher sowie der Schulbehörden, machen Druck, dass Toiletten gebaut werden und die Schulen das Material für die selbstgenähten Binden erhalten. Druck auch dafür, dass es an jeder Projektschule mindestens eine Ansprechpartnerin für die Mädchen gibt.

Überdies sensibilisieren sie Lehrkräfte in UNATU-Workshops. Sie zeigen diesen, wie sie Teenie-Mütter, die die Schule abgebrochen haben, wieder in die Klassen integrieren können. Sie zeigen, wie eine wertschätzende und gleichberechtigte Sexualerziehung gelingt – denn, so Gowan, „dass Menstruation normal ist, wissen viele Mädchen und Jungen nicht“. ■



Kindern eine Kindheit geben

Mach mit! Unterstütze die Projekte der GEW-Stiftung *fair childhood*.

Spendenkonto: Bank für Sozialwirtschaft,
IBAN: DE16 7002 0500 0009 8400 00
BIC: BFSWDE33MUE

www.gew.de/internationales/fair-childhood

fair childhood ist eine Treuhandstiftung unter Treuhänderschaft der Stiftung Kinderfonds

Ja, ich möchte mehr Informationen *fair childhood*.
Bitte sendet mir weitere Informationen zu.

E&W 06/2024

Name, Vorname

Straße, Hausnummer

PLZ, Ort

E-Mail

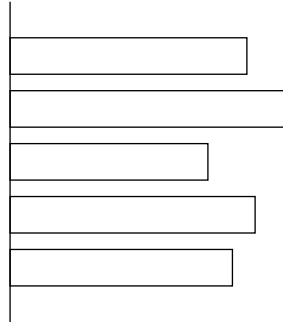
Datum, Unterschrift

Bitte sende diesen Coupon in einem ausreichend frankierten Umschlag an:

fair childhood
GEW-Stiftung „Bildung statt Kinderarbeit“
Reifenberger Straße 21
60489 Frankfurt am Main

fair childhood
GEW-Stiftung
Bildung statt Kinderarbeit

WARUM ARBEITSZEITERFASSUNG?



NIELS SPILKER

Referent in der Abteilung Öffentlicher Dienst und Beamtenpolitik beim DGB-Bundesvorstand

Wann ist Feierabend? Wie viel Zeit bleibt jenseits der Arbeit für Sportverein, politisches Engagement, Familienleben und Freundschaften? Kurz: Wie passt die Arbeitszeit zum Leben? Studien zeigen, dass für Beschäftigte die Länge und die Lage der Arbeitszeit zentrale Belastungsfaktoren sind. Und dass die Erfassung der Arbeitszeit Entlastung schaffen kann. Wir schauen auf die Situation im öffentlichen Dienst, mit besonderem Fokus auf Lehrkräfte.

Überstunden findet man laut einer aktuellen Arbeitszeitbefragung der Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin (BAuA) im öffentlichen Dienst besonders häufig. 21 Prozent der Befragten berichten von mehr als zwei bis zu fünf Überstunden, 14 Prozent

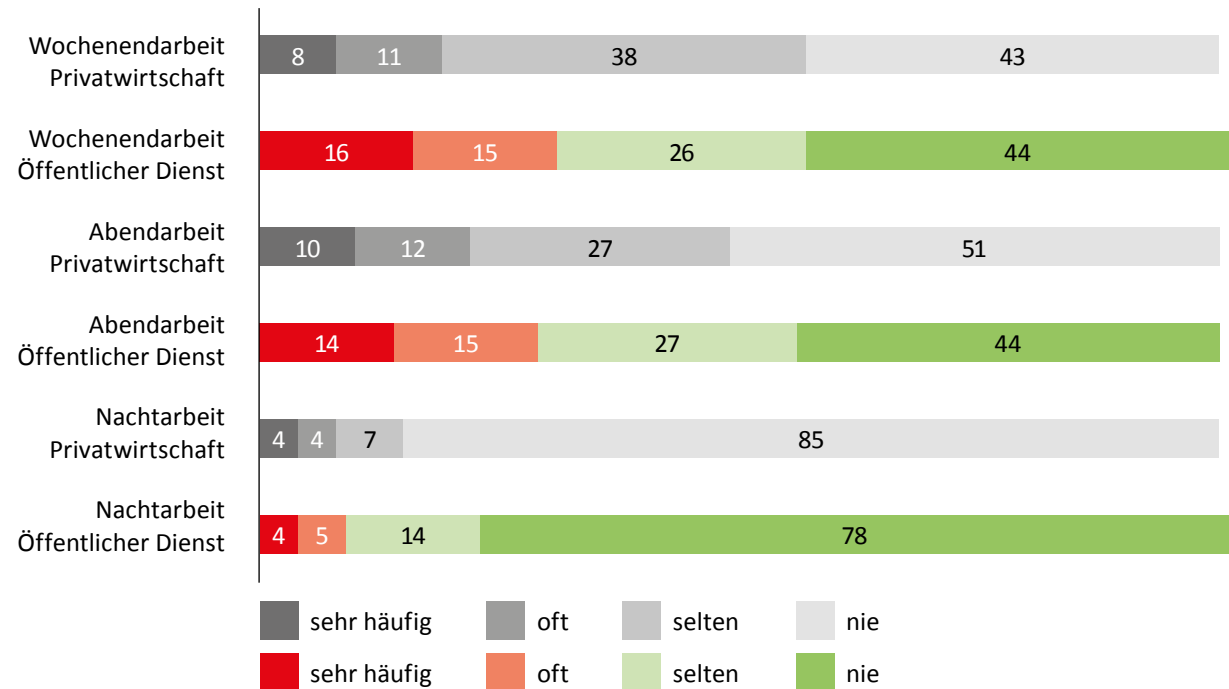
von mehr als fünf bis zu zehn Überstunden und 10 Prozent sogar von mehr als zehn Überstunden pro Woche. Als Hauptgrund wird genannt, dass die Arbeit sonst einfach nicht zu schaffen sei. Dieser Zeitdruck wird durch andere Untersuchungen bestätigt, etwa durch den DGB-Index Gute Arbeit. Mehr als die Hälfte der Befragten aus dem öffentlichen Dienst (54 Prozent) fühle sich bei der Arbeit sehr häufig oder oft gehetzt, heißt es in der aktuellen Sonderauswertung des Index für den öffentlichen Dienst.

Arbeit zu sozial wertvollen Zeiten

Viele Beschäftigte im öffentlichen Dienst sind außerdem von Wochenend-, Abend- oder Nachtarbeit betroffen. Solche atypischen Arbeitszeiten gibt es hier häufiger als in der Privatwirtschaft. Mit 31 Prozent teilt fast ein Drittel der Beschäftigten mit, sehr häufig oder oft am Wochenende zu arbeiten (Privatwirtschaft 19 Prozent). Auch die Werte für die Arbeit am Abend und in der Nacht liegen im öffentlichen Dienst höher. Diese Arbeitszeitlagen haben soziale Auswirkungen, weil sich beispielsweise das Vereins- oder Familienleben auf den Abend und die Wochenenden konzentriert. Gleichzeitig können sie die Regenerationsmöglichkeiten stören. Die Folge: Beschäftigte mit atypischen Arbeitszei-

Arbeit zu sozial wertvollen Zeiten

Wie häufig arbeiten Sie an Wochenenden, abends in der Zeit zwischen 18 und 23 Uhr bzw. nachts in der Zeit zwischen 23 und 6 Uhr?



Quelle: Sonderauswertung des DGB-Index Gute Arbeit für den öffentlichen Dienst, Daten aus 2023. Ergebnisse in Prozent; kumulierte Prozentwerte über 100 Prozent beruhen auf Rundungsungenauigkeiten.

ten bewerten ihren Gesundheitszustand schlechter als Beschäftigte, die ihre Tätigkeit in der Regel zwischen 7 und 19 Uhr ausüben.

Arbeitszeiterfassung im öffentlichen Dienst

Die Erfassung der Arbeitszeit ist aber nicht nur am Wochenende oder in der Nacht ein wichtiges Instrument des Arbeits- und Gesundheitsschutzes. Sie ermöglicht die Kontrolle arbeitszeitlicher Mindeststandards, also der Pausen- oder Ruhezeiten sowie der Wochen- bzw. der Tageshöchst Arbeitszeiten. Der Europäische Gerichtshof (EuGH) hat die Mitgliedstaaten deshalb 2019 aufgefordert, Arbeitgebern ein „objektives, verlässliches und zugängliches System zur Arbeitszeiterfassung“ vorzuschreiben. Das Bundesarbeitsgericht hat

diese Sichtweise im Jahr 2022 bestätigt (BAG 13. September 2022 – 1 ABR 22/21). Das Gericht legte dar, dass bereits eine gesetzliche Verpflichtung für Arbeitgeber bestehe, ein solches System zur Messung von Beginn und Ende der täglichen Arbeitszeiten zu schaffen. Dies leite sich unmittelbar aus einer europarechtskonformen Auslegung von Paragraph 3 Absatz 2 Arbeitsschutzgesetz ab. Diese Verpflichtung gilt in der Privatswirtschaft wie im öffentlichen Dienst, für Tarifbeschäftigte wie für Beamtinnen und Beamte (s. E&W 5/2024, Seite 44 f.). Klar ist aber auch, dass die Erfassung der Arbeitszeit in weiten Teilen des öffentlichen Dienstes schon lange üblich ist. Die BAuA-Arbeitszeitbefragung zeigt, dass dort für 68 Prozent der Beschäftigten die Arbeitszeit auf einem Konto erfasst wird. Weitere 11 Prozent dokumentieren sie selbst. Demnach erfassen 21 Prozent der Beschäftigten im öffentlichen Dienst ihre Arbeitszeit >>>

>>> gar nicht. Nur in der Industrie liegt dieser Wert niedriger.

Arbeitszeiterfassung bei Lehrkräften

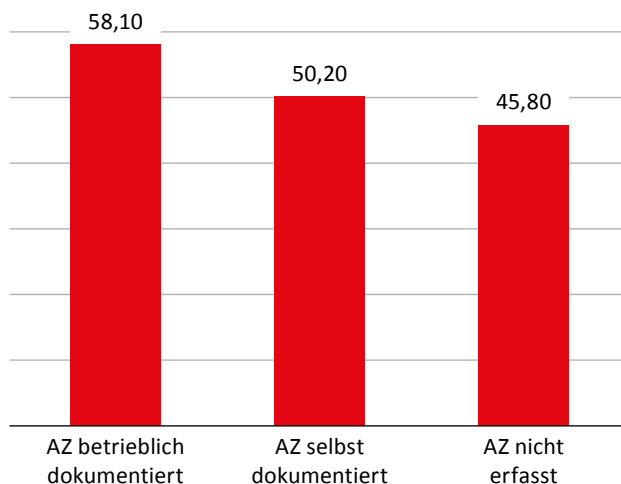
Anders sieht es bei Lehrkräften aus, hier fehlt die Erfassung der Arbeitszeit. Die Deputatsverordnungen der Bundesländer regeln nur, wie viele Stunden in Vollzeit tätige Lehrkräfte pro Woche unterrichten müssen. Bei Gwen Kreutz und Johannes Biesel sind es zum Beispiel 25,5 Schultunden. Beide arbeiten an einer Gesamtschule im Norden von Köln. Kreutz ist für die GEW außerdem im Bezirkspersonalrat aktiv. Beide nennen eine lange Liste an Aufgaben, die im Schulalltag neben dem reinen Unterricht anfallen: Team-, Jahrgangs- oder Fachkonferenzen, Arbeitskreise zur Schulentwicklung, Beratungsgespräche mit Eltern, anderen Lehrkräften oder Schulsozialarbeiterinnen und -arbeitern, Elternsprechtage und -abende, Ausflüge und Klassenfahrten sowie Koordination, Dokumentation, Korrekturen und die Unterrichtsvorbereitung. Der Zeitaufwand für all diese Tätigkeiten ist – anders als die konkret vorgegebene Pflichtstundenzahl – weitgehend unbestimmt. Inspiriert durch eine Diskussionsveranstaltung der GEW erheben die beiden ihre Arbeitszeit nun im Selbstversuch mit einer App. Das sei nicht kompliziert und habe sie schon nach kurzer Zeit auf Belastungsfaktoren gestoßen, so ihr Fazit. Zum Beispiel auf den fragmentierten Arbeitstag: „An manchen Tagen habe ich fünf Einträge in der App. Hier eine Stunde, da eine Stunde, dort noch eine halbe. Klar, dadurch bin ich sehr flexibel, aber ich finde es auch gefährlich. Meine Arbeit ist extrem entgrenzt. Ich muss mich abends oft disziplinieren, mit der Arbeit aufzuhören“, erklärt Kreutz. Biesel beobachtet das auch. Seitdem er die Arbeitszeit erfasse, falle ihm die Trennung von Arbeit und Privatleben jedoch leichter. „Die App hilft mir, meine Zeit zu strukturieren. Ich arbeite fokussierter und wenn ich aufhöre, kann ich besser abschalten“, stellt er fest.

Es geht um die Gesundheit.

Die Arbeitszeiterfassung finden beide Lehrkräfte also hilfreich. Ihre Arbeit verlange einen sehr hohen Grad an Selbstorganisation, dafür sei die Zeiterfassung ein gutes Werkzeug. Auch deshalb teilen sie die Forderung ihrer Gewerkschaft, dass die Erfassung an Schulen obligatorisch werden müsse. Die Länder seien schließlich

Arbeitszeiterfassung (AZ) im Homeoffice

„In meiner Freizeit denke ich (eher) nicht an die Arbeit.“



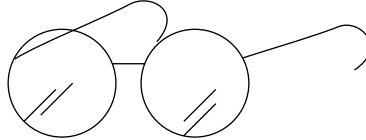
Quelle: Erwerbspersonenbefragung der Hans-Böckler-Stiftung (HBS). Ergebnisse in Prozent.

verpflichtet, auch für Lehrkräfte eine europarechtskonforme Regelung zu schaffen. „Es geht da einfach auch um Gesundheit. Ich bin ziemlich enttäuscht, dass die Ministerien das Thema bisher einfach aussitzen“, so Biesel. Die Position der GEW ist klar: Alle Tätigkeiten und Arbeitszeiten der Lehrkräfte müssten erfasst werden, auch mobile Arbeit, Arbeit am Wochenende und in den Ferien. Während einer GEW-Arbeitszeitkonferenz wurde die konkrete Umsetzung diskutiert. Nötig sei ein leicht zugängliches Erfassungsinstrument. Die Zeiterfassung dürfe keine Leistungs- und Verhaltenskontrolle ermöglichen und müsse datenschutzkonform sein. Und aus den Daten der Erfassung müssten Schritte abgeleitet, also Überstunden ausgeglichen und zu hohe Belastungen abgebaut werden. Die Eindrücke aus der Kölner Gesamtschule und empirische Untersuchungen zeigen, dass sich dieser Weg lohnt. Die Arbeitszeiterfassung im Homeoffice ist messbar mit einer besseren Erholung verbunden, man kann besser abschalten. Sie kann dazu beitragen, zeitliche Entgrenzung zu reduzieren. Zudem berichten Beschäftigte mit Arbeitszeiterfassung seltener von Termin- oder Leistungsdruck oder Überforderung. Und weniger Überstunden als Kolleginnen und Kollegen ohne Arbeitszeiterfassung leisten sie auch. Warum sollten nicht auch Lehrkräfte von solchen Entlastungsfaktoren profitieren? ■

Nachdruck mit freundlicher Genehmigung des DGB-Beamtenmagazins (BM), erschienen in: BM 5/2024.

Infos, Publikationen und Quellennachweis rund um die BAuA-Arbeitszeiterfassung unter: [gew.de/ew-6-24](https://www.gew.de/ew-6-24)

MITGLIEDERFORUM



URTEIL GEGEN UNSERE GEW

(E&W 2/2024, SEITE 34 FF.: „EIN URTEIL GEGEN DIE MENSCHENRECHTE“)

Bei der Entscheidung des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte (EGMR) zum Streikverbot für beamtete Lehrkräfte handelt es sich um ein Urteil gegen unsere GEW, die voll auf dem Boden des Grundgesetzes steht (...). Im Grundgesetz heißt es in Artikel 9, Absatz 3: Das Recht, zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen Vereinigungen zu bilden, ist für jedermann und für alle Berufe gewährleistet. (...) Maßnahmen nach den Artikeln 12a, 35 Absatz 2 und 3, Artikel 87a Absatz 4 und Artikel 91 dürfen sich nicht gegen Arbeitskämpfe richten, die zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen von Vereinigungen im Sinne des Satzes 1 geführt werden. (...)

Der EGMR beruft sich in seinem Urteil auf Artikel 11 der Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK), der das Recht auf Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit benennt. Artikel 11 Absatz 1 betont, dass jeder das Recht hat, zum Schutz seiner Interessen Gewerkschaften zu gründen und Gewerkschaften beizutreten. Laut des mehr als schwammigen Absatzes 2 sind nur Angehörige der Streitkräfte, der Polizei und der Staatsverwaltung Einschränkungen bei der Ausübung dieser Rechte unterworfen. Vom Lehrpersonal ist explizit keine Rede!

Ulrich Bald, Hagen

MEHR IN ANGEBOTE INVESTIEREN

(E&W 4/2024, SEITE 6 FF.: „ALLES IST IMMER GANZ SCHNELL WEG“ UND SEITE 10 FF.: „WARUM KINDERARMUT KRANK MACHT“)

Was vielen Kindern nach meiner Beobachtung (ich bin Lehrer an einer Oberschule, Anteil der Kinder mit Bürgergeld etwa 40 Prozent) fehlt, sind Vorbilder und ein bestimmter Habitus. Ein Beispiel: In unserer Stadt ist die Ausleihe in der Bibliothek für Kinder kostenfrei. (...) Welche Familien nutzen das Angebot: die mit Geld und nicht die mit wenig Geld. (...) Zweites Beispiel: Schwimmen. In unserer Stadt gibt es Schwimmkurse für Kinder. Diese sind recht günstig und werden über das Teilhabepaket bezahlt. Diese Kurse werden vornehmlich von den Kindern besucht, deren Eltern wenig Zeit haben, weil sie berufstätig sind, aber denen es wichtig ist, dass ihre Kinder schwimmen lernen. Viele Eltern, die aufgrund von Arbeitslosigkeit wesentlich mehr Zeit hätten und das Geld vom Jobcenter zurückbekämen, kümmern sich kaum darum. (...)

Was also Kindern mehr hilft als Transferleistungen an die Eltern, sind Schulen und Einrichtungen, die ihnen diese Erfahrungen ermöglichen. Wir brauchen mehr „Bildungsleistungen“, nicht mehr „Sozialleistungen“. In dem Beitrag „Alles ist immer ganz schnell weg“ wird deutlich, dass Investitionen in Angebote entscheidend sind. Wenn wir also massiv investieren müssen, dann in diese, nicht in das Familieneinkommen. (...)

Robert Wegener, Wilhelmshaven

>>>

>>> FALSCHES ASSOZIATION

(E&W 4/2024, ILLUSTRATION AUF SEITE 30 ZU:
„TRAUMJOB ODER TRAUMA?“)

Lehrer/innen werden oft pauschalisierend angegriffen, mit der Unterrichtsform und vor allem mit den digitalen Medien nicht „auf Ballhöhe“ zu sein. Diese Meinung kann ich für meine Schule überhaupt nicht teilen, und das wird auch für die meisten anderen Schulen/Schularten so sein. Immer wieder verteidigen Sie die Lehrerschaft gegen diesbezüglich ungerechtfertigte Kritik. Das ist so in Ordnung. Aber mit einem einzigen Bild, das immer wieder in der „E&W“ auftaucht, untergraben Sie diese Unterstützung. Sie zeigen zu bestimmten Texten eine schon längst überholte Stundenplantafel mit Farben und Symbolen, mit deren Hilfe der Stundenplan von Hand erstellt wird, indem man die Plättchen verschiebt. Damit stellen Sie die Lehrerschaft ins analoge Abseits. Ich arbeitete über 30 Jahre im Stundenplanteam meiner Schule. Das mit den Symbolen haben wir bleiben lassen, als gegen Mitte der 1980er-Jahre die ersten Personal-Computer und entsprechende Stundenplanprogramme Eingang in die Schulverwaltung fanden. (...) Es gibt vermutlich tatsächlich noch Schulen, die analog arbeiten, aber das ist die absolute Minderheit. Deswegen möchte ich Sie bitten, auf diese „altmodische“ Abbildung in Zukunft zu verzichten.

Karlheinz Grandel, Ditzingen

THEORIE UND PRAXIS

(E&W 4/2024, SEITE 36 F.: „ERNÜCHTERNDE BILANZ“)

Ich habe meinen Schuldienst als „Junglehrer“ 1954 im Landkreis Wesermünde aufgenommen. Neben den schriftlichen Unterrichtsvorbereitungen führte ich ein Tagebuch, in dem ich meine Erfahrungen aus der Praxis festhielt, aber in dem ich auch Gedanken über eine Optimierung der täglichen Unterrichtsarbeit beschrieb. Die Praxis könne nur gelingen, wenn auch die Grundlagen für die Ausbildung zum Lehrer fachgerecht gestaltet werden, das heißt Theorie und Praxis müssten zeitbezogen ausgeformt und aufeinander bezogen werden. Dem Schulrat, der mich alsbald besuchte („Visite“), fiel das Tagebuch auf, und er las darin. Er bat mich, ihm die Aufzeichnungen ein paar Tage zu überlassen. Nach der Rückgabe äußerte er sich in einem Begleitschreiben positiv über den Inhalt des Tagebuchs. Er lobte meine Gedanken zur Lehrerbildung: „Interessant, machen Sie weiter so.“

Das war vor 70 (!) Jahren. Ich frage mich heute: Hat sich die Lehrerbildung grundlegend geändert?

Wolf Wargenau, Lüneburg

VERALLGEMEINERUNGEN UNZULÄSSIG

(E&W 4/2024, MITGLIEDERFORUM SEITE 45:
„POPULISTISCHE UNWAHRHEITEN“)

Es wirkt doch etwas komisch, ja fast schon abstrus, was Leserbriefschreiber Jan-Ole Blauth dem Studenten Thorben Wenzel vorwirft. Ich weiß jedoch nicht, ob ich lachen oder doch lieber zum Arzt gehen sollte, da mir dieser Beitrag erhebliche Schmerzen bereitet. So spricht Blauth auf der einen Seite von populistischen Unwahrheiten – ich möchte hierbei besonders die Worte „populistisch“ und „Unwahrheiten“ noch einmal betonen. Im gleichen Beitrag wirft Jan-Ole Blauth nicht nur dem Studenten Thorben Wenzel, sondern sämtlichen Studierenden vor, „noch nie wirklich gearbeitet“ zu haben. Wenn diese Aussage nicht populistisch verallgemeinernd und unwahr ist, dann weiß ich auch nicht mehr weiter?! Mein großes Dankeschön geht an die Redaktion, die den Beitrag von Thorben Wenzel noch einmal klar und deutlich eingeordnet hat, sodass dies hoffentlich nun für alle Lesenden nachvollziehbar ist. Es handelt sich dabei um das Erleben von Thorben Wenzel und das kann ihm niemand – auch nicht Jan-Ole Blauth – absprechen. Wenn Jan-Ole Blauth nur noch sachliche und wissenschaftlich erforschte Beiträge ohne subjektives Erleben lesen möchte, so rate ich ihm zum Abonnement einer Fachzeitschrift beziehungsweise zum Kauf eines Sachbuchs.

Matthias Dulisch, Erlangen

VERSCHWENDUNG

(E&W-LAYOUT)

Eine Seite der Zeitschrift E&W ist 30 cm hoch und 22 cm breit. Mit Text bedruckt ist auf jeder Seite ein Bereich, der mit etwas freiem Rand 24 cm hoch und 18 cm breit ist. Manche Abbildungen sind breiter als 18 cm, lassen sich aber ohne Verlust an Information leicht auf diese Breite verkleinern. Daraus ergibt sich, dass mehr als ein Drittel der Zeitschrift aus unbedrucktem Papier besteht, also nutzlosen Müll darstellt. Und unseren Schülern bringen wir ressourcenschonendes Verhalten bei. Da stimmt etwas nicht!

Bernd Huhn, Neumünster

KARIKATUR OHNE NIVEAU

(E&W 4/2024, „DIESMAL“-KARIKATUR SEITE 48: „SCHATTENSPIELE“)

Eine Gewerkschaft sollte erstens vorwiegend diejenigen gesellschaftlichen Kräfte kritisieren – auch mit den Mitteln einer Karikatur –, die eine bestimmte Politik zu verantworten haben. Eine Oppositionspartei wie die AfD verantwortet eine solche eben nicht. Zweitens wird in dieser Zeitschrift an keiner Stelle die Politik der AfD erläutert oder kritisiert. Die Karikatur steht also im „luftleeren Raum“. Drittens: Die bildungspolitischen Vorstellungen der AfD sind auch bei schlechtestem Willen nicht vergleichbar mit nationalsozialistischen Ideen (s. Seite 28 ff.: Hintergrundthema; Anm. d. Red.). Das ist abwegig.

Auch die AfD fordert die „Freiheit der Lehre“ an den Universitäten, die Erziehung zu einem mündigen Bürger und die Stärkung der beruflichen Bildung. Sie bekennt sich – soweit ich weiß – zum dreigliedrigen Schulsystem und

auch zur Förderschule. Sie tritt ein für Bürokratieabbau, sie fordert für Schulen eine moderne, zeitgemäße IT-Ausstattung, wobei Digitalisierung stets unter den Prämissen der Sinnhaftigkeit und der Arbeiterleichterung stehen müsse ... Ohne Zweifel gibt es viele Konfliktbereiche zu einigen GEW-Vorstellungen. Aber auch die GEW sollte niveauvoll karikieren.

Dieter Isensee, Berlin

Kontakt

Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft

Postfach 900409, 60444 Frankfurt am Main

E-Mail: katja.wenzel@gew.de

Beiträge im Mitgliederforum spiegeln nicht die Meinung der Redaktion wider.

Die Redaktion bittet darum, die Leserinnen- und Leserbriefe mit einer maximalen Textlänge von 1.200 Zeichen (inklusive Leerzeichen) einzusenden.

Die Redaktion behält sich vor, Zuschriften zu kürzen.

Anonym zugesandte Zuschriften werden nicht veröffentlicht.

Ihre Anzeige in der E&W: anzeigen@stamm.de

1393 km



Natur an der Grenze

Viele bedrohte Tier- und Pflanzenarten leben entlang der ehemaligen innerdeutschen Grenze im **Grünen Band** – einem für Mitteleuropa einmaligen Refugium: Das Grüne Band ist eine wahre Schatzkammer der Natur. Auf 177 km² und 1.393 km Länge sind hier viele wertvolle Lebensräume miteinander verbunden. Helfen Sie uns, das Grüne Band zu erhalten, z.B. mit dem **Erwerb von Anteilscheinen**. Mehr Infos: www.gruenesband.info

Oder fordern Sie die kostenlose Broschüre „Das Grüne Band“ an: www.bund.net



Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland e.V.

Kaiserin-Augusta-Allee 5
10553 Berlin
Fax 030/27586-440
info@bund.net

Berlin

Schülertouren
Mauer und Szene Tour,
Demokratie Tour

berlin.kiezjungs.com

Hamburg

Schülertouren

St. Pauli, Speicherstadt, Hafenrundfahrt
kiezjungs@gmail.com, T: 040-27872891

www.kiezjungs.com



TOSKANA

Urlaub im BIO-Weingut.

Ferienhäuser, FEWOs, Zimmer mit HP, großen Pool in wundersch. Landschaft und exzellenter toskanischer Küche. Ermäßigung für GEW-Mitglieder!

Tel./Fax 0039-571-408041 [f](https://www.facebook.com/aglioni.it) [i](https://www.instagram.com/aglioni.it)
info@aglioni.it, www.aglioni.it

www.schulorganisation.com

Dokumentation
Organisation
Rechtssicherheit

☎ 02521 29905-10

EL SCHULORGANISATION
Verlage Flötmann & Langenkämper

Die inspirierende Geschichte eines Lehrers...



Bei den Projekten mit seinen Schüler*innen wurde Lehrer Johann Alexandrow mehrfach mit zum Teil bundesweiten Preisen ausgezeichnet. Allerdings ist Johann Alexandrow von Geburt an Autist. Die Diagnose erhielt er erst am Ende seiner 37-jährigen erfolgreichen Karriere als Lehrer.

Wie er es geschafft hat, trotz seines anders verdrahteten Gehirns eine gute und kreative Lehrkraft zu werden, erschließt sich in diesem Buch.



Jetzt im Buchhandel oder direkt scannen



Lehrer mit Asperger:
Cool, kompetent, anders

22 Tipps für Lehrkräfte von Johann Alexandrow
Paperback, 160 Seiten, 978-3-944970-43-1
EPUB 978-3-944970-44-8
EUR 12,90

süddeutscher
pädagogischer
verlag **spv.**

**DAS RECHT
AUF HILFE IST
NICHT VERHANDELBAR.
SPENDEN FÜR NOTHILFE
IN GAZA.**



DE69 4306 0967 1018 8350 02
medico.de/nothilfe-gaza

DIESMAL

